

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Ranjer, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Edward Steinhilber, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 18, Am Röllnischen Park 2.

Inserate für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 80 Pfg.  
Bergnigungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 80 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

## Ärzte und Krankenkassen.

Wk. Mit dem Herannahen des 1. Januar 1914, an dem bekanntlich das zweite Buch der Reichsversicherungsordnung, betr. die Krankenversicherung, in Kraft tritt, gewinnt dieses Thema wieder an Bedeutung. Schon seit einer längeren Reihe von Jahren haben sich im Verhältnis zwischen Ärzten und Krankenkassen scharfe Gegensätze entwickelt. Ihren Grund haben diese Gegensätze letzten Endes darin, daß ein Beruf, dem in so hohem Grade humanitäre Aufgaben gestellt sind wie dem ärztlichen, uneingeschränkt den Bedingungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung unterworfen ist. Soll die ärztliche Wissenschaft allen, die ihrer bedürfen, in gleicher Weise zugutekommen, so muß der Arzt öffentlicher Beamter sein. Ähnlich wie der Weistliche, vielleicht unter Anwendung einer schärferen Kontrolle, muß er jedem zur Verfügung stehen, der nach ihm verlangt. Heute aber ist der Beruf des Arztes ein Beruf wie jeder andere; wer ihn ergreift, will soviel als möglich durch ihn verdienen. Die Kranken Menschen sind die Ausbeutungsobjekte der Ärzte.

Die Ausbeutungsfreiheit ist nun den Ärzten durch die Arbeiterversicherung, besonders durch die Krankenkassen ein wenig beschränkt worden. Der organisierte Großbetrieb der Heilung Erkrankter, den die Krankenkassen darstellen, hat ein gewisses System in die ärztliche Behandlung der Rassenmitglieder gebracht und zugleich den Honorarforderungen der Ärzte Grenzen gezogen. Sind damit scheinbar für die Ärzte wirtschaftliche Nachteile verbunden gewesen, so hat andererseits der Ärzteberuf doch auch sehr große Vorteile von der Entstehung und Entwicklung des Rassenwesens gehabt. Dahin gehört die stark vermehrte Nachfrage nach ärztlicher Hilfe und die erhöhte Sicherheit für den Bezug des Entgelts. Ein sehr großer Teil der Volksmassen, die als Rassenmitglieder im Falle der Erkrankung den Arzt regelmäßig in Anspruch nehmen, ging vor Einführung der Versicherungspflicht nie oder nur in ganz seltenen Fällen zum Arzt. Die Folge war, daß seit der Durchführung des Krankenversicherungsgesetzes ein übergroßer Andrang zum ärztlichen Studium eintrat, wodurch allerdings der durchschnittliche Anteil des einzelnen Arztes an den erzielten Vorteilen sich wieder verminderte.

Die Ärzte gingen nun mehr und mehr dazu über, die durch die Krankenkassen herbeigeführte Einschränkung der Ausbeutung der Kranken mit allen Mitteln zu bekämpfen. Sie schufen sich Kampforganisationen, arbeiteten mit dem Mittel des Streiks und des Boykotts und übten einen Terrorismus aus, wie ihn sich die Gewerkschaften nie erlauben dürften, ohne mit dem Staatsanwalt sehr unliebsame Bekanntschaft zu machen. Obgleich unter dem Terrorismus der Ärzte, zumal des Leipziger Verbandes, der die Zentrale der kampflustigen Ärzte des ganzen Deutschen Reiches bildet, die Heilung kranker Menschen in vielen Fällen gefährdet war, nahmen die Behörden fast nie gegen die Ärzte Stellung. Die Gegenwehr des mächtigen deutschen Krankenkassenverbandes bewirkte, daß die Ärzte ihr Ziel trotzdem nicht erreichten, wenn sie auch mancher Rassenverwaltung die Erfüllung ihrer Aufgaben erschwerten und den Rassen manches Opfer verursachten.

In den letzten Jahren brachen Ärztekriege nur noch vereinzelt aus. Nun wird aber mit dem Inkrafttreten der neuen Bestimmungen über die Krankenversicherung der Kreis der versicherungspflichtigen Personen erheblich erweitert und die Krankenkassen werden neu organisiert. Diese Gelegenheit wird von den Ärzten zu einem neuen Vorstoß benützt. In einigen Gebieten des Reichs ist eine Einigung zwischen Ärzten und Rassenverwaltungen erzielt, der weit aus großen Mehrzahl, besonders der großstädtischen Rassen, stehen aber neue Kämpfe mit den Ärzten in Aussicht. Die Krankenkassenkommission des deutschen Ärztevereinsbundes hat Musterverträge entworfen, die nunmehr den Krankenkassen aufgezwungen werden sollen. Diese Musterverträge zielen auf eine Honorarverhöhung in so ungeheurer Weise ab, daß der Vorsitzende des deutschen Krankenkassenverbandes, Frähdorf, auf der kürzlich in Breslau abgehaltenen 20. Hauptversammlung mit vollem Recht sagen konnte, allein zur Erfüllung dieser Forderungen reichten die Rassenbeiträge kaum aus, für Krankengeld und andere Aufgaben würde überhaupt nichts übrig bleiben. Nach dem Vertragsentwurf der Ärzteorganisation sollen die Mitglieder aller Rassen (Orts-, Betriebs-, Innungs- oder Landkrankenkassen) in vier Gruppen eingeteilt werden. Zur Gruppe A sollen die Mitglieder mit einem Jahreseinkommen unter 1800 M., einem Monatsgehalt unter 150 M. oder einem Tagelohn unter 6 M. gehören. Als

Soll für den ersten und folgenden Besuch am Tage 1,50 M. gelten. Zur Gruppe B sollen Rassenmitglieder gehören, die über 6 M. Tagelohn haben. Das Honorar für diese Gruppe soll mit 50 Prozent Zuschlag berechnet werden. Die ärztliche Behandlung der in die Gruppe C eingereichten freiwilligen Mitglieder soll mit 100 Prozent Zuschlag berechnet werden. Endlich sollen alle diejenigen, die, ohne versicherungspflichtig zu sein, einer Kasse beitreten, die Gruppe D bilden. Ihnen soll keine ärztliche Hilfe auf Kosten der Kasse, sondern ein entsprechend erhöhtes Krankengeld gewährt werden, und die Ärzte wollen sich von ihnen die Honorare bezahlen lassen, die sie bei privaten Patienten fordern.

Ihre volle Bedeutung gewinnen diese Forderungen erst, wenn man noch dazu nimmt, daß die Ärzte in allen Bundesstaaten mit Hochdruck auf eine Erhöhung der Gebührenordnung hinarbeiten, von der natürlich auch die Krankenkassen betroffen werden sollen. Zwecks Erreichung ihrer Ziele verlangen die Ärzte, daß die Krankenkassen nur mit den Ärzteorganisationen verhandeln und Verträge abschließen sollen. Ärzte, die nicht dem Ärzteverband angehören, sollen ausgeschlossen werden von der Krankenkassenbehandlung. Die Honorare sollen an die Organisation ausgezahlt werden! Wir möchten das Gezeir hören, wenn eine Gewerkschaft die Forderung erheben wollte, daß nur mit ihr Tarifverträge abgeschlossen und der Lohn an den Verband ausgezahlt werden solle. Dabei bestehen aber zwischen den Ärzten und den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern große Unterschiede, die eine solche Taktik bei den Gewerkschaften viel eher rechtfertigen würden.

Im einzelnen braucht zu den überspannten Bedingungen der Ärzte kaum noch ein Wort gesagt zu werden. Die Krankenkassen lehnen eine Besserung der materiellen Verhältnisse der Rassenärzte nicht prinzipiell ab. Mit vollem Recht aber wehren sie sich im Interesse ihrer Mitglieder dagegen, daß die Ärzteorganisationen ein bedeutendes Stück der Rassenverwaltung an sich reißen, daß sie die freie Arztwahl den Rassen im ganzen Reich aufzwingen wollen. Bei einem Teil der Rassen ist übrigens die freie Arztwahl mit kleinen Beschränkungen, die im Rasseninteresse unvermeidlich sind, durchgeführt. Ob sie nach Lage der örtlichen Verhältnisse von weiteren Rassen eingeführt werden kann, muß von den Rassenorganen auf Grund ihres Selbstverwaltungsrechts entschieden werden.

Die Reichsversicherungsordnung gewährt den Krankenkassen gegen den Kampf der Ärzte keinen ausreichenden Schutz. Sie spricht lediglich aus, daß die Beziehungen zwischen Krankenkassen und Ärzten durch schriftlichen Vertrag geregelt werden. Ründigen nun, entsprechend der ausgegebenen Kampfsparole, die Ärzte dort, wo eine Einigung auf dem Boden der Gleichberechtigung und der friedlichen Verständigung nicht erzielt ist, auf den 1. Oktober d. J. den Rassen ihre Verträge und kommen vor dem 1. Januar neue Verträge nicht zustande, so geraten die Krankenkassen beim Inkrafttreten der neuen Gesetzesbestimmungen in Verlegenheit. Der einzige Ausweg, der ihnen bleibt, ist im § 370 der Reichsversicherungsordnung vorgesehen, der ausspricht: Wird bei einer Krankenkasse die ärztliche Versorgung dadurch ernstlich gefährdet, daß die Kasse keinen Vertrag zu angemessenen Bedingungen mit einer ausreichenden Zahl von Ärzten schließen kann, oder daß die Ärzte den Vertrag nicht einhalten, so ermächtigt das Oberversicherungsamt die Kasse auf ihren Antrag widerruflich, statt der Krankenpflege oder sonst erforderlichen ärztlichen Behandlung eine bare Leistung bis zu zwei Dritteln des Durchschnittsbetrages ihres gesetzlichen Krankengeldes zu gewähren. Die Krankenkassen sind also, wenn sie diesen Ausweg beschreiten wollen, auf die Ermächtigung durch das Oberversicherungsamt angewiesen. Von der Reichsgesetzgebung muß ein weitergehender Schutz, der den Krankenkassen die Erfüllung ihrer Aufgaben in jedem Fall ermöglicht, gefordert werden. Durch Reichsgesetz ist den Rassen die Verpflichtung auferlegt, ihren Mitgliedern für ärztliche Behandlung zu sorgen. Es fehlt aber an einer Bestimmung, die die Ärzte verpflichtet, den Rassen dienst zu erfüllen. Diese Lücke auszufüllen, haben sich die Arbeitervertreter bei Beratung der Reichsversicherungsordnung vergebens bemüht. Sie kann, selbst wenn man den guten Willen der Reichstagsmehrheit voraussetzt, vor dem Inkrafttreten der neuen Bestimmungen nicht mehr ausgefüllt werden. Einstweilen hängt die Wahrung der Interessen der Versicherten, also auch in diesem Punkt, von der Geschicklichkeit und der Energie der Organe der Rassenverwaltung ab. Ein weiterer Beweis für die Wichtigkeit der Krankenkassenwahlen, die in den nächsten Wochen stattfinden und an denen jeder Einzelne teilzunehmen kann,

## Die Holzindustrie in den Berichten der bayerischen Gewerbeaufsichtsbeamten.

Die Berichte der bayerischen Gewerbeaufsichtsbeamten wissen von einer anhaltend günstigen Geschäftslage im Jahre 1912 zu melden, die nur gegen Ende des Jahres in einigen Industriezweigen einer schwachen Abflauung Platz machte. Infolgedessen ist auch eine Vermehrung der Arbeiterzahl eingetreten, die sich auf fast alle Berufsgruppen verteilt. Eine Ausnahme macht nur das Baugewerbe, das namentlich in den großen Städten wesentlich schwächer beschäftigt war. Diese Berufsgruppe zeigt denn auch als einzige einen Rückgang der Zahl der beschäftigten Arbeiter. In allen der Aufsicht unterstellten gewerblichen Anlagen stieg die Zahl der beschäftigten Arbeiter im Berichtsjahr von 739 522 auf 767 446 oder um 3,8 Prozent.

In der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe blieb die Zunahme hinter dem Gesamtdurchschnitt zurück; die Zahl der Beschäftigten vermehrte sich von 61 979 auf 63 938 oder um 3,1 Prozent. Diese Arbeiter verteilen sich auf 12 005 Betriebe, und zwar wurden gezählt 1138 (im Jahre 1911 = 1101) Betriebe, die zehn und mehr Arbeiter beschäftigen, mit 40 190 (38 820) Arbeitern, und 10 867 (10 532) kleinere Betriebe mit 23 748 (23 159) Arbeitern. In der Holzindustrie zeigte sich hiernach die gleiche Erscheinung wie in der Gesamtindustrie in Bayern: die Großbetriebe nehmen nur in geringem Maße zu, sie absorbieren aber den größten Teil des Zuganges an Arbeitern. Auf die Kleinbetriebe, die sich weit stärker vermehrt haben, kommt jedoch nur ein geringer Teil des Zuwachses an Arbeitskräften. Von den insgesamt 12 005 gezählten Betrieben haben 10 227 nur je fünf oder weniger Arbeiter. Diese Gruppe der kleinsten Betriebe hat sich um 335 vermehrt, während die Zahl der Betriebe mit sechs bis neun Arbeitern wie im Vorjahr 640 beträgt.

Die Verkürzung der Arbeitszeit macht auch in Bayern gute Fortschritte, dank der Tätigkeit der Gewerkschaften. Wo von einer „freiwilligen“ Verkürzung der Arbeitszeit durch die Unternehmer die Rede ist, da wird diese Freiwilligkeit in der Regel wohl durch einen mehr oder weniger sanften Druck der Gewerkschaft veranlaßt worden sein. Erfreulicherweise bemühen sich die Gewerbeinspektoren der übermäßig ausgedehnten Arbeitszeit, die man namentlich noch in Sägewerken auf dem Lande antrifft, entgegenzutreten. In diesem Kampfe ist den Aufsichtsbeamten nunmehr in der Anwendung des § 120 f der Gewerbeordnung eine wesentliche Hilfe gegeben. Aus Niederbayern wird berichtet, daß infolge günstiger Betriebsverhältnisse das Ueberschreiten der 12—13 stündigen Arbeitszeit in der Sägewerkindustrie seltener bemerkbar war. Diese Arbeitszeit ist aber auch so lang, daß nicht nur eine Ueberschreitung vermieden, sondern energisch auf eine Verkürzung hingearbeitet werden mußte. Trotzdem heißt es in dem gleichen Bericht weiter, daß Ueberstundenarbeit von mehreren Wochen Andauer auch in der Sägewerkindustrie erhoben wurde. Die in den größeren Städten durchgeführte Arbeitszeitverkürzung ist sehr wenig nach dem Geschmack der Unternehmer, wo aber die Organisation auf dem Posten ist, werden die Versuche, zu den alten Zuständen zurückzukehren, energisch zurückgewiesen. So berichtet der Münchener Beamte über Streitigkeiten, die dadurch entstanden sind, daß in einem Sägewerk versucht wurde, die tarifmäßige Arbeitszeit um täglich ¼ Stunde zu überschreiten.

Ueber Fortschritte in bezug auf die Einführung des freien Samstagnachmittags wird aus verschiedenen Bezirken berichtet, so aus München und Nürnberg-Fürth. Aber nicht nur in den großen Städten und in den Großbetrieben macht diese Bewegung Fortschritte; aus Nürnberg-Fürth wird berichtet, daß auch eine große Anzahl von Motorbetrieben mit weniger als zehn Arbeitern auf Wunsch derselben den freien Samstagnachmittag eingeführt hat. In Mittelfranken-Land befinden sich schon 7 Prozent der Arbeiterschaft im Genuß des freien Samstagnachmittags, der auch in vielen Kleinbetrieben eingeführt ist. Aus Oberfranken wird berichtet, daß das Handwerk in erhöhtem Maße an der Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit an den Vorabenden der Sonn- und Festtage beteiligt war, insbesondere auch das Schreinerhandwerk in Hof, Bamberg und Wunsiedel. Die Fortschritte, die in bezug auf den freien Samstagnachmittag gemacht würden, werden von den Gewerbeinspektoren im allgemeinen als erfreulich bezeichnet. Es scheint jedoch, daß sie der Frage, ob der freie Samstagnachmittag eine wirkliche Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit gebracht hat, oder ob er auf Kosten der Verlängerung der Arbeitszeit an den übrigen Wochentagen eingeführt wurde, keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt



mittags gewiß nicht, viel wertvoller dünkt uns jedoch eine Verkürzung der Arbeitszeit an allen Wochentagen. Ganz entschieden aber müssen wir dem Streben entgegenzutreten, die tägliche Arbeitszeit zu verlängern, um auf diesem Wege zum freien Samstagmittag zu kommen.

Im Gegensatz zu den Bemühungen der Arbeiter, die wöchentliche Arbeitszeit zu verkürzen, steht die noch öfter angetroffene Sonntagsarbeit. Obwohl die Behörden bei der Genehmigung von Sonntagsarbeit durchaus nicht sonderlich zurückhaltend sind, werden von den Aufsichtsbeamten fortgesetzt Liebertretungen der Sonntagsruhevorschriften festgehalten. Charakteristisch für das Verhalten mancher Unternehmer im Hinblick auf die Sonntagsarbeit ist ein Beispiel, das in dem Bericht aus der Oberpfalz mitgeteilt wird. Eine größere Eisengießerei hatte seit Jahren in ausgedehntem Maße Sonntagsarbeit in Anspruch genommen und sich bei Beanstandungen darauf berufen, daß der Wegfall der Sonntagsarbeit den Ruin des Geschäfts zur Folge haben werde. Im Jahre 1912 wurde aber nicht mehr Sonntags gearbeitet, ohne daß deshalb der Betrieb ruiniert worden wäre. Dieses Wunder hat der mit dem Metallarbeiter-Verband abgeschlossene Tarifvertrag bewirkt, nach welchem für Sonntagsarbeit 50 Prozent Zuschlag gezahlt werden muß. Aus diesem Beispiel läßt sich der Schluß ziehen, daß Ueberzeit- und Sonntagsarbeit viel stärker eingeschränkt werden könnten, wenn den Unternehmern die Verpflichtung auferlegt würde, für diese Arbeiten erhebliche Lohnzuschläge zu zahlen.

In ganz Bayern wurden, obwohl die Zahl der festgestellten Verstöße zweifellos bedeutend höher war, nur 67 Strafverfahren wegen unzulässiger Sonntagsarbeit bekannt, bei denen sich die Strafen in der Höhe von 3 bis 30 Mk. bewegten. Ueber die große Milde der Gerichte gegenüber den Unternehmern, welche sich gegen die Arbeitsschutzbestimmungen vergehen, äußert sich der Zentralfabrikinspektor in recht deutlicher Weise. Er schreibt: „Im allgemeinen wird beobachtet, daß die Strafen für Vergehen gegen die Gewerbeordnung aller Art, die nach dem Gesetze sehr streng, unter Umständen mit Geldstrafen bis zu 2000 Mark geahndet werden können, in der Tat selbst in Wiederholungsfällen fast durchweg so geringfügig ausfallen, daß sie meistens durch den insolge des Vergehens erzielten Mehrerwerb weit überholt werden und den Charakter der Strafe verlieren. Solche Strafen wirken sicher nicht erzieherisch bezüglich der Achtung vor dem Gesetz. Dem Zentralfabrikinspektor ist hier insoweit ein Irrtum unterlaufen, als er von Vergehen gegen die Gewerbeordnung aller Art spricht. Bekanntlich lassen die Gerichte bei Anklagen wegen Vergehen gegen die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung (Streitvergehen) jede Milde vermissen. Die barbarische Strenge auf der einen, die aufreizende Nachsicht auf der andern Seite ist aber leicht erklärlich. Anklagen wegen Streitvergehen werden fast nur gegen Arbeiter erhoben, während bei Vergehen gegen die Arbeitsschutzbestimmungen in der Regel Unternehmer die Angeklagten sind. Diese unterschiedliche Behandlung der Gewerbevergehen ist keine bayerische Eigenschaft, sondern für die Justiz in ganz Deutschland charakteristisch.“

Von einer Rücksichtslosigkeit der Unternehmer in der Ausbeutung der Arbeitskräfte zeugen auch die Fälle, in denen Frauen und jugendliche Arbeiter bei durchaus ungeeigneten Beschäftigungen angetroffen wurden. In München wurden Arbeiterinnen an der Kreissäge beschäftigt angetroffen; das gleiche war in einem Sägewerk in Niederbayern der Fall. Auch die Zapfenstreichemaschine in einer Stuhlfabrik wurde von einer Arbeiterin bedient. Diese Beschäftigungen wurden als gefährlich und ungeeignet verboten. Die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern an den gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen scheint auch noch stark im Gebrauch zu sein. Der Bericht aus Oberbayern sowie der aus der Oberpfalz erwähnt, daß Veranlassung vorlag, jungen Leuten die Arbeit an der Kreissäge zu verbieten, das gleiche wird aus Rindberg-Gürtel bezüglich der Fräsmaschine berichtet. In der Oberpfalz wurden zwei Sägewerke angetroffen, in welchen die Bedienung des Dampfkeßels 15jährigen Burschen übertragen war; der Führer eines anderen Sägewerks war gewissenlos genug, die Wartung des Dampfkeßels einem zwölfjährigen Knaben anzuvertrauen.

Das Verständnis für den Wert der Unfallversicherung macht im allgemeinen Fortschritte, doch gibt es auch Ausnahmen sowohl bei den Unternehmern als auch bei den Arbeitern. Das Streben einiger Arbeiterorganisationen, insbesondere auch unseres Holzarbeiter-Verbandes auf dem Gebiete des Unfallversicherungswesens zu wirken, wird ausdrücklich anerkannt. Im Bericht aus Schwaben wird auch die von unserem Verband in Augsburg veranstaltete Ausstellung über Unfallversicherung erwähnt. Im Bezirk Pfalz-Geb wurde gegen einen Schreinermeister, der sich beharrlich weigerte, an der Unfallversicherung die runde Messerwelle anzubringen, Strafvergehen erwidert. Merkwürdig berührt es, daß der Beamte für Schwaben in einer Schreinerwerkstätte, in welcher die Hobelmaschine noch mit der Bierlantwelle ausgestattet war, nur beanstandete, daß an dieser Maschine auch fremde Gesellen und Lehrlinge arbeiteten. Die Aufsichtsbehörde hätte den Unternehmer in seinem eigenen Interesse zwingen müssen, die runde Sicherheitswelle anzubringen, zumal auch zu erwarten ist, daß trotz der Beanstandung die Maschine noch von anderen Firmen als dem Betriebsinhaber benutzt werden wird.

Von den 21 729 Unfällen, die den Gewerbeaufsichtsbeamten gemeldet wurden, entfielen 1794 auf die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe. Von diesen waren zwölf tödlich und 96 Unfälle werden als schwer bezeichnet. Von den tödlichen Unfällen wurden wieder mehrere durch das Zurückschleudern des Holzes an der Kreissäge verursacht. Von den verschiedenen Mißbrauchsfällen, die gemeldet wurden, betrifft nur einer die Wärfen- und Pinselindustrie. In einer Pinselfabrik erkrankte ein Arbeiter an Hautmißbrand, er konnte jedoch nach fünf Wochen aus dem städtischen Krankenhaus wieder entlassen werden. Bei der Betriebsbesichtigung ergab sich, daß die vorchriftsmäßigen Einrichtungen, angeblich nur in diesem Fall, nicht benutzt worden waren. Der Unternehmer wurde zu 15 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Bemerkenswert ist die von allen Aufsichtsbeamten konstatierte Tatsache, daß trotz des günstigen Geschäftsganges und der in den meisten Industriezweigen eingetretenen Lohnsteigerungen von einer Besserstellung der Arbeiterschaft nicht gesprochen werden kann. Sehr deutlich spricht sich hierüber der Beamte für Mittelranken-Land aus. Er schreibt: „Die wirtschaftliche Lebensführung der Arbeiter, insbesondere derjenigen mit Familie, wird zweifellos immer schwieriger. Die Kaufkraft des Geldes, der Löhne, sinkt stetig. Daß mit den noch vor wenigen Jahren gezahlten Löhnen den heutigen Lebensbedürfnissen nicht mehr genügt werden kann, geht z. B. auch daraus hervor, daß in drei Gemeinden des Aufsichtsbezirks die ortsüblichen Tagelöhne widerspruchlos sehr erheblich erhöht wurden.“ Im laufenden Jahre haben sich die Verhältnisse ganz wesentlich verschlechtert. Die Teuerung der Lebensbedürfnisse hält an, die Arbeitslosigkeit hat sich aber ganz beträchtlich vermindert. Damit steigt die Gefahr, daß die ohnehin schon zu geringen Löhne eine weitere Kürzung erfahren. Dem vorzubeugen, ist es notwendig, daß die Arbeiter mehr noch als seither darauf bedacht sind, ihre Organisationen intakt zu erhalten.

Wirtschaftliche Monatschau.

Juli.

In einer Zeit, in der, wie gegenwärtig, allgemein über eine außerordentliche Arbeitslosigkeit geklagt wird, berührt es wohlthuend, wenn aufmerksame Beobachter des Wirtschaftslebens nicht zugeben wollen, daß wir uns in einer Wirtschaftskrise befinden, und sich weder durch den ungünstigen Stand des Arbeitsmarktes noch durch das Abwärtsgleiten der Börsenkurse ihren Optimismus rauben lassen. Allerdings geben auch diese Optimisten zu, daß wir uns schon seit längerer Zeit in einer Baukrise befinden, durch welche die mit dem Baugewerbe in Zusammenhang stehenden Industriezweige, insbesondere auch das Holzgewerbe in Mitleidenchaft gezogen sind. Im allgemeinen beginne aber die, unter dem Einfluß der politischen Ereignisse deutlicher als sonst zum Ausdruck gekommene sommerkliche Abschwächung der Konjunktur in der gewerblichen Warenherstellung zu weichen und für den Herbst wird sogar eine erneute Belebung der Hochkonjunktur erwartet. Wir wünschen lebhaft, daß diese Prophezeiung in Erfüllung geht und daß die trostlosen Zustände auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt recht bald einer merklichen Besserung Platz machen.

Für die optimistische Auffassung der Dinge sprechen die fortgesetzt steigenden Zahlen der Statistik des deutschen Außenhandels. Die Einfuhr weist wohl im Juli gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres einen Rückgang von 70 364 019 Doppelzentner auf 69 373 358 Doppelzentner auf, doch betrug die Einfuhr in den ersten sieben Monaten dieses Jahres 410 009 526 Doppelzentner im Werte von 6530,54 Millionen Mark gegen 395 309 755 Doppelzentner im Werte von 6365,50 Millionen Mark im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Eine weit stärkere Steigerung zeigen die Ausfuhrzahlen. Im Juli dieses Jahres wurden 62 575 046 Doppelzentner ausgeführt gegen 58 435 077 Doppelzentner im Juli 1912, und in dem Zeitraum Januar bis Juli wurden 423 834 926 Doppelzentner im Werte von 5848,49 Millionen Mark ausgeführt, gegen 365 534 318 Doppelzentner im Werte von 4957,87 Millionen Mark im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Obwohl die Produktion von Eisen wiederum eine Steigerung erfahren hat und der Kohlenmarkt eine befriedigende Haltung zeigt, dauert die Ueberlastung des Arbeitsmarktes fort und es muß damit gerechnet werden, daß der kommende Winter in den meisten deutschen Großstädten eine ungewöhnlich große Arbeitslosigkeit bringen wird. Der ungünstige Stand des Arbeitsmarktes ist übrigens nicht sowohl auf den Rückgang der Nachfrage, als vielmehr auf die außerordentliche Zunahme des Angebots an Arbeitskräften zurückzuführen. Diese wiederum hat ihre Ursache, zum Teil wenigstens, in der starken Verteuerung der Lebensbedürfnisse, die in den letzten Jahren eingetreten ist. Diese zwingt zahlreiche Kleinbäuerliche und Kleinbürgerliche Kreise ihre jüngeren Familienmitglieder, die sonst im eigenen Landwirtschafts- oder Handwerksbetriebe beschäftigt waren, anderweitig Erwerb zu suchen. Eine weitere Vermehrung erfährt das Angebot auf dem Arbeitsmarkt durch die massenhafte Einfuhr ausländischer Arbeitskräfte. Zum größten Teil sind dies kulturell rückständige Elemente, die durch die geringen Ansprüche, die sie an die Lebenshaltung stellen, als Lohndrücker wirken. Bei den Unternehmern in den Berufszweigen, in welchen eine besondere technische Vorbildung der Arbeiter nicht erforderlich ist, sind diese ausländischen Arbeitskräfte recht beliebt. Um so notwendiger ist es, daß die Arbeiter auf die Gefahren hinweisen, die der Volkswirtschaft durch das planlose Einschleppen der auf niedriger Kulturstufe stehenden ausländi-

chen Arbeitermassen droht, und daß sie energisch Abhilfe fordern.

Die Arbeiterschaft muß um so dringender Schutz gegen diese, ihre Lebenshaltung gefährdende Invasion fordern, als die Teuerung der Lebensbedürfnisse mit unverminderter Kraft anhält. Es schien zwar eine Zeitlang, als sollte infolge des Preisrückganges der vegetabilischen Nahrungsmittel eine Binderung der Not eintreten. Das starke Anziehen der Fleischpreise hat aber diese Hoffnung wieder zunichte gemacht. Der durchschnittliche Lebensmittelbedarf einer vierköpfigen Familie, der für den Monat Juni auf 25,35 Mk. pro Woche berechnet war, ist im Juli wieder auf 25,88 Mk. gestiegen, das ist um 1,51 Mk. mehr als im Juli 1911, wo die Preise auch schon keineswegs niedrig waren. Leider muß damit gerechnet werden, daß die Preise der Lebensbedürfnisse in den nächsten Monaten eine weitere Steigerung erfahren. Es sind also trübe Aussichten für den Winter: vermehrte Arbeitslosigkeit und Steigerung der Lebensmittelpreise! Der von den Optimisten prophezeite Konjunkturaufschwung wird demnach von den Arbeitern schwerlich verpöblich werden.

Bei der Betrachtung der für die Beurteilung der Wirtschaftslage in Betracht kommenden Momente fällt der Gegensatz auf, der zwischen der im allgemeinen günstigen Lage der Industrie und der unbefriedigenden Lage des Arbeitsmarktes liegt. Diesen Gegensatz findet man auch speziell in der Holzindustrie. Die Unternehmungen sind hier im Juli eine sehr starke Belebung erfahren. Während im Juni nur 0,70 Millionen in Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. des Holzgewerbes neu investiert wurden, betrug die Summe der Neuinvestierungen im Juli 1 481 000 Mk. Das ließe auf einen lebhaften Aufschwung schließen, der allerdings den Stand des Arbeitsmarktes kaum merklich beeinflusst hat.

Von den im Juli erfolgten Neugründungen seien genannt: Klaviertastenfabrik G. m. b. H. in Lenhausen bei Föbde a. d. Lenna. Geschäftsführer: Carl Suhr und Albert Kollmann in Neuenrade. Stammkapital 120 000 Mk. — Robert Flöhataler Holzwarenfabrik, vorm. Robert Martin u. Co. G. m. b. H. in Dittersbach. Geschäftsführer: Robert Martin und Franz Josef Eichler. Stammkapital 100 000 Mk. — C. C. Meinung G. m. b. H. in Ohrdruf, Spielwarenfabrik. Geschäftsführer: Karl Meinung und Oswald Dörfel. Stammkapital 43 000 Mk. — Möbelfabrik Westfalia G. m. b. H. in Niederbezgen bei Deynhausen. Geschäftsführer: Hermann Kolternsting. Stammkapital 21 000 Mk. — A. Zernide G. m. b. H. in Erlaer, Bauzischlerei und Drechlerei. Geschäftsführer: Albert Zernide. Stammkapital 20 000 Mk. — Stuhlfabrik Somawerk G. m. b. H. in Thale a. Harz. Geschäftsführer: Wilhelm Höpfer in Biederitz. Stammkapital 31 600 Mk. — Eine Kapitalserhöhung, und zwar um 8000 Mk. auf 28 000 Mk. hat die Möbelfabrik Büttner, Klapproth u. Co. G. m. b. H. in Berlin vorgenommen.

Der Arbeitsmarkt in der Holzindustrie hat nach den Berichten der Arbeitsnachweise im Monat Juli eine nicht unerhebliche Verbesserung erfahren. Während im Juni auf je 100 offene Stellen noch 248,9 Arbeitsuchende kamen, ging der Andrang im Juli auf 231,8 zurück. Trotz dieser Verbesserung ist der Stand des Arbeitsmarktes noch sehr ungünstig; kamen doch im Juli des Jahres 1912 nur 136,5 und im Juli 1911 nur 130,5 Arbeitsuchende auf je 100 offene Stellen. Auch die monatlichen Arbeitslosen-zählungen im Deutschen Holzarbeiter-Verband haben für den Monat Juli ein etwas besseres Ergebnis gezeitigt. Am 31. Juli waren 4,71 Prozent der Verbandsmitglieder arbeitslos, gegen 4,95 am 30. Juni. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß sowohl unsere Arbeitslosenzählungen als auch die Ergebnisse der Arbeitsnachweistatistik regelmäßig für den Juli ein besseres Resultat zeitigen, als für den Monat Juni. Schlüsse für die nahe Zukunft lassen sich also aus den mitgeteilten Zahlen nicht ziehen. Um die Bedeutung der Tatsache richtig zu würdigen, daß am 31. Juli 4,71 Prozent der Verbandsmitglieder arbeitslos waren, muß man auch in Betracht ziehen, daß zur gleichen Zeit im Jahre 1911 1,69 Prozent und 1912 2,04 Prozent arbeitslose Verbandsmitglieder gezählt wurden. Selbst in dem Krisenjahr 1908 waren am 31. Juli nur 3,72 Prozent der Verbandsmitglieder arbeitslos. Nach den seitherigen Erfahrungen ist zu erwarten, daß der August wohl noch eine kleine Abschwächung der Arbeitslosenziffer bringt, daß aber dann das Heer der arbeitslosen Holzarbeiter riesig anschwellen wird. Trotz der in Aussicht gestellten Neubelebung der Konjunktur sind die Aussichten für die Arbeiter der Holzindustrie recht wenig günstig.

Die Einfuhr von Bau- und Nutzholz hat im Juli einen Rückgang erfahren. Während im Juli 1912 8 275 170 Doppelzentner im Werte von 45 390 000 Mk. eingeführt wurden, betrug die Einfuhr im Juli 1913 nur 6 850 684 Doppelzentner im Werte von 36 133 000 Mk. Dagegen stieg die Ausfuhr von Holzwaren von 62 787 Doppelzentner im Werte von 5 540 000 Mk. im Juli 1912 auf 75 697 Doppelzentner im Werte von 6 776 000 Mk. im Juli 1913. In dem Zeitraum Januar bis Juli stieg, verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres, die Ausfuhr von 456 334 Doppelzentner auf 457 462 Doppelzentner oder um 0,25 Prozent, der Wert der Einfuhr stieg aber von 38 366 000 Mk. auf 40 809 000 Mk. oder um 6,37 Prozent. Eine beträchtliche Steigerung hat auch die Ausfuhr von Büchsen, Pinseln und Siebwaren erfahren. Im Juli 1912 wurden 2233 Doppelzentner im Werte von 944 000 Mk. ausgeführt, im Juli 1913 aber 2636 Doppelzentner im Werte von 992 000 Mk. Ebenso ist auch die Ausfuhr von



### Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Spernung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
  - Zischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Bamberg (Möbelindustrie Gersch), Br.ische, Brandenburg a. d. S. (Reichstein), Czernst, Dachau bei München, Feucht (Gebr. Beer), Gebweiler im Elsaß, Holzgerlingen, Konitz (mit Ausnahme von Eugen Wiparra), Langenberg b. Gera, R. J. L. (Möbelfabrik Agst), Ecknitz in Pommern (C. N. Schmidt), Derlinghausen, Themar Klubscheid, Wolfratshausen (M. Langinger), Würzen (Möbelfabrik Streil).
  - Mobellschleien nach Emmendingen (Maschinenfabrik O. Wehle), Leipzig.
  - Drechsler, Polierer und Hilfsarbeitern nach Cham (Spulenfabrik Max Borger), Neusalza a. d. Oder, Nürnberg.
  - Bergoldern, Grundrindern, Verzickern und Farbigmachern nach Burg b. Magdeburg (Wattenberg), Glattbrugg bei Zürich (Dekkers).
  - Blüten- und Pinselmachern nach Nürnberg, Schopfloch.
  - Korbmachern nach Brandenburg a. d. S. (Reichstein), Stellmachern nach Brandenburg a. d. S. (Reichstein), Gera, R. J. L. (Karosseriefabrik P. Sadl).
  - Rammachern, Schleifern, Wätern, Graveuren, Hilfsarbeitern nach Darmstadt (Schlager u. Best).
  - Sägern und Plagiarbeitern nach Cham.
  - Berstarbeitern nach Bremen, Bremerhaven, Flensburg, Hamburg, Kiel, Stettin, Vegesack.

Musikinstrumenten gestiegen. In den ersten sieben Monaten des Jahres stieg die Ausfuhr, verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres, bei Klavieren und Harmoniums von 108 281 Doppelzentner auf 113 280 Doppelzentner, bei Klaviaturen usw. von 8531 Doppelzentner auf 8959 Doppelzentner und die Ausfuhr von Streichinstrumenten stieg von 2403 Doppelzentner auf 2861 Doppelzentner.

Im Monat Juli haben wieder eine Reihe von Aktiengesellschaften des Holzgewerbes ihre Geschäftsberichte für das vergangene Jahr veröffentlicht. Die Vereinigten Werkstätten für Kunst im Handwerk A.-G. in Bremen schließen mit einem Verlust von 171 540 M. ab, trotzdem der Verkauf um zirka 150 000 M. besser war als im Vorjahr. Nach der im letzten Jahre beschlossenen Sanierung verblieb ein Gewinn von 588 212 M., der in vollem Umfang auf Extraabreibungen verwendet wurde. Eine Dividende wurde nicht verteilt. — Die Holz- und Bauindustrie A.-G. Skop konnte ebenfalls keine Dividende verteilen. Der Verlust verringerte sich gegen das Vorjahr von 76 511 M. auf 68 681 M. — Die Wismarschen Hobelwerke A.-G. in Wismar berichten über einen außerordentlich günstigen Geschäftsgang. Wie im Vorjahr wurden auf die 200 000 M. Stammaktien Lit. A 4 1/2 Prozent und auf die 450 000 M. Aktien Lit. B 11 Prozent Dividende ausgeschüttet. — Auch die Badische Holzwerkzeugfabrik A.-G., vormals Otto Mainzer u. Co. in Oos in Baden erzielte ein günstiges Ergebnis. Auf die Vorzugsaktien wurden 4 Prozent Dividende verteilt. — Die Rheinischen Pianofortefabriken Aktienges. vorm. C. Mand in Coblenz waren durchweg gut beschäftigt. Trotz bedeutender Abschreibungen stieg die Dividende von 4 Prozent im Vorjahr auf 5 Prozent. — Die Erzgebirgische Holzindustrie A.-G. Brand in Erbsdorf i. S. hatte bei 7976 M. (im Vorjahr 6132 M.) Abschreibungen einen Verlust von 40 970 M. Im Vorjahr war noch ein Gewinn von 5509 M. zu verzeichnen. Eine Dividende wurde nicht verteilt. — Billing u. Soller A.-G. für Bau- und Kunstfischerei in Karlsruhe erzielte nach 25 465 (20 131) M. Abschreibungen einen Reingewinn von 66 323 M. (60 364 M.). Die Dividende betrug wie im Vorjahr 5 Prozent. — Die Industrie für Holzverarbeitung A.-G. in Altenessen arbeitet mit Verlust, der im letzten Geschäftsjahr 587 394 M., im Vorjahr 443 540 M. betrug. Eine Dividende wurde nicht verteilt. —

### Soziales.

Die christlichen Holzarbeiter gegen die Volksfürsorge! Es wird uns geschrieben: Es ist leider bei uns in Deutschland eine alte Erfahrung, daß sich sogenannte christliche Arbeiterführer gegen die gemeinnützigsten und nur den Arbeitern dienenden Institutionen mißbrauchen lassen, wenn man ihnen das sozialdemokratische rote Tuch vor den Augen schwenkt. Es ist unbestritten, daß die plötzlich erwachten Reformbestrebungen auf dem Gebiete der Volksversicherung einzig und allein der Angst vor der die Interessen der großen Masse schützenden, neugegründeten Volksfürsorge entspringen. Auch die mit so großem amtlichem Trara unterstützte Deutsche Volksversicherung A.-G. unter dem Reklamepatronat des Grafen Potadowsky, ist ja nur ins Leben gerufen, um Arbeiter in Stadt und Land vor der Berührung mit der Volksfürsorge ängstlich zu bewahren. Um für diese Gegen-Volksfürsorge auch Arbeiterorganisationen als Versicherungsagenten zu bekommen, gewährt die Deutsche Volksversicherung A.-G. den eine Versicherung vermittelnden Organen für jeden Versicherungsantrag z e h n

Wochenbeiträge, gleichviel ob der Wochenbeitrag 10 Pf. oder 1 M. beträgt. Schon in diesen kolossalen Akquisitionsbeträgen, die dem Versicherten von vornherein verloren gehen, liegt eine große und direkte Schädigung derselben.

Der Kampf gegen die Volksfürsorge wird also gut bezahlt — da können die Christlichen nicht widerstehen! Gegenwärtig verbreitet die Lokalverwaltung Essen des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter in ihrem Bezirk ein Zirkular, worin den Kollegen mitgeteilt wird, daß in den „nächsten Tagen“ der Geschäftsbetrieb der „Deutschen Volksversicherung A.-G.“ eröffnet werde. Dann heißt es weiter:

„Aus diesem Grunde sehen wir uns veranlaßt, alle Kollegen, die für sich persönlich oder für Frau und Kinder eine Versicherung eingehen wollen, zu ersuchen, diese nur durch Vertrauensleute unseres Verbandes mit dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften abzuschließen.“

Wir glauben nicht notwendig zu haben, noch besonders zu betonen, daß unsere Kollegen unter keinen Umständen eine Versicherung mit der roten Volksfürsorge eingehen. Ebenso sollten wir fortan aber auch alle kapitalistischen Volksversicherungen kurzerhand abweisen. Es ist eines Arbeiters geradezu unwürdig, seine sauer verdienten Groschen Gesellschaften in den Hals zu werfen, deren Generaldirektoren mehr als 800 000 Mark im Jahre beziehen.

Für jede Aufnahme, die für die D. V. A. G. gemacht wird, werden zehn Wochenbeiträge gezahlt. Dabei ist es gleich, ob der Wochenbeitrag 10 Pf. oder 1 M. beträgt.

Von diesen zehn Wochenbeiträgen erhält das Generalsekretariat in Köln 2, die Zentrale unseres Verbandes 2, unsere Zahlstelle 2 und der Kollege, der die Aufnahme besorgt, 4 Beiträge.

Wenn dagegen die Aufnahme für die D. V. A. G. in unserem Bezirk durch den Konsumverein Wohlfahrt geht, so erhält unsere Zentrale und die Zentralstelle nichts, sondern diese vier Beiträge fallen dann dem Konsumverein zu.

Weiter wird in dem Zirkular als einstimmiger Beschluß der Lokalverwaltung mitgeteilt, daß Versicherungen „nur mit dem Gesamtverband und nicht mit dem Konsumverein“ abzuschließen sind. Unterschrieben ist der Appell: „Die Lokalverwaltung: J. A. F. Rust.“

Da die Deutsche Volksversicherung A.-G. von den politischen und wirtschaftlichen Gegnern der Arbeiter unter finanzieller Hilfe privatkapitalistischer Versicherungsgesellschaften ausdrücklich zu dem Zwecke gegründet wurde, der durch die berufenen Organisationen der Arbeiter nur für die Versicherten geschaffenen Volksfürsorge entgegenzuwirken, hält es der kluge Mann auch auf dem Gebiete der Versicherung mit der Selbsthilfe und fördert die Volksfürsorge!

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Berlin hat die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der Sozialdemokraten beschlossen, die bereits genehmigten Hoch- und Tiefbauten schleunigst in Angriff zu nehmen und im Winter fortzuführen und außerdem sofort die gemischte Deputation zur Beratung der Arbeitslosenversicherung einzuberufen. Diese aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung bestehende Kommission ist zwar bereits im Jahre 1908 gewählt worden, von ihrer Tätigkeit hat man aber bisher sehr wenig gehört. Bei der in ihrer Mehrheit liberalen Stadtverwaltung ist das Verständnis für soziale Pflichten immer schwach entwickelt. Durch den von Neutölln an den Zweckverband Groß-Berlin gestellten Antrag, eine Arbeitslosenversicherung für das gesamte Gebiet des Zweckverbandes einzurichten, ist diese Frage erneut in Fluß gebracht worden. Allerdings kann der Zweckverband als solcher eine Arbeitslosenversicherung nicht einführen, weil ihm das nach dem Stande der Gesetzgebung nicht gestattet ist, dagegen soll die Regelung der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitsvermittlung auf einer Konferenz der Gemeindevertretungen von Berlin und den Nachbarorten in Angriff genommen werden, die auf den 13. September einberufen ist. Nach den bisherigen Erfahrungen auf diesem Gebiet wird man allerdings gut tun, dieser Konferenz keine überschwenglichen Hoffnungen entgegenzubringen.

Der Verband der Hausarztvereine, eine Einrichtung, die von organisierten Arbeitern ins Leben gerufen wurde, umfaßt in Berlin etwa 16 000 Familien mit über 70 000 Angehörigen. Der Zweck dieser Organisation ist es, den Familienangehörigen Krankensicherungspflichtiger Personen die ärztliche Behandlung zu sichern. Zur Inanspruchnahme des Arztes ist keine besondere Krankmeldung usw. erforderlich, die Vorzeigung des Mitgliedsbuches beim Arzt genügt. Die Mitglieder sind nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, bei den geringsten Anzeichen einer Erkrankung den Arzt wie einen Hausarzt in Anspruch zu nehmen, um vorbeugend und verhütend zu wirken. Für den geringen Beitrag von 25 Pf. pro Woche, der monatlich einfließt, wird außer den genannten Vorteilen noch folgendes geboten: Freie Medizin bei akuten Erkrankungen, Verbandstoffe, Diphtherie-Serum, Atteste, Totenscheine, Monatszeitung mit Kinderheilage, wissenschaftliche Vorträge, Kinderspielplätze, Samariterkurse, Verleihung von Badewannen für 10 bis 20 Pf. pro Woche, Großeinkauf von Nährpräparaten, Stärkungsmitteln und sonstigen Krankenbedarfsartikeln und Abgabe an die Mitglieder zu Selbstkostenpreisen. In Aussicht genommen sind freie Hauspflege, Genesungsheime und Waldholungsstätten. Die Hausarztvereine sind also eine sehr segensreiche Institution, denen die weiteste Verbreitung zu wünschen ist.

Ueber die Heranziehung auswärtiger Arbeitskräfte hatte kürzlich das Münchener Gewerbegericht auf Antrag des Bauarbeiter-Verbandes zu entscheiden. Die bekannte Baufirma Heilmann u. Littmann machte es sich seit Jahren zur Aufgabe, von auswärtigen ganze Kolonnen von Maurern heranzuziehen, um mit diesen Leuten die in München übliche Arbeitsweise zu durchbrechen und die Vertragslöse möglichst auf der niedrigsten Grenze halten zu können. Dierüber wurde anlässlich der diesjährigen Tarifverhandlung

wiederholt von den Arbeitervertretern Beschwerde geführt mit dem Erfolg, daß die Verhandlungskommission eine Erklärung zu Protokoll gab, in welcher ausgesprochen ist: „Daß es im Sinne des Tarifvertrages liegt, bei Arbeitslosigkeit die einheimischen Arbeiter in erster Linie zu berücksichtigen.“ Besagte Firma kümmerte sich aber nicht um diese Erklärung, sondern fuhr fort, trotz zunehmender Arbeitslosigkeit im Münchener Baugewerbe, auswärtige Maurer heranzuziehen, worauf der Bauarbeiter-Verband das Eingangsamt zur Entscheidung anrief. Dieses bestätigte in dem gefällten Schiedspruch erneut die zu Protokoll gegebene Erklärung und empfahl den Parteien die lokale Durchführung derselben. — Die strenge Handhabung dieses Schiedspruches schafft nunmehr die Möglichkeit, solchen Firmen ihr Handwerk zu legen, die es darauf absehen, durch Heranziehung ortsfremder Arbeitskräfte in schlechter Konjunktur, die einheimischen Arbeiter brotlos zu machen.

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachungen des Vorstandes.

In Pr.-Stargard (Westpr.) wurde eine neue Zahlstelle gegründet.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokaltbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in dieser Zahlstellen ab 1. Oktober beträgt in Fürth i. B. 1 M., Lübeck 90 Pf. und Opelein 65 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 87. Wochenbeitrag für das Jahr 1913 fällig geworden.

Verbandsmitglieder, welche zum Militär einrücken müssen, haben ihr Mitgliedsbuch zur Aufbewahrung an den Vorstand einzusenden. Die Beiträge müssen bis zum Abgang voll bezahlt und die Abmeldung zum Militär vom Zahlstellenleiter eingetragen und abgestempelt sein. Nach beendigter Dienstzeit ist das Mitgliedsbuch sofort von hier einzufordern und die Beitragszahlung in demselben fortzusetzen. An die Militärzeit anschließende arbeitslose Wochen können nur dann als Beitragsfrei abgestempelt werden, wenn die Zurückmeldung rechtzeitig erfolgt ist. Unterstützungsansprüche stehen den vom Militär zurückkehrenden Mitgliedern im Rahmen derjenigen Rechte zu, welche sie vor der Militärzeit erworben hatten.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 287673 Peter Diefhosen, Eschl., geb. 17. 10. 68 zu Köln.
- 385422 Ernst Wehler, Eschl., geb. 16. 2. 72 zu Rulmssee.
- 475506 G. Schwandner, Eschl., geb. 24. 2. 89 zu Waldmünchen.
- 483459 Herm. Kirschmann, Eschl., geb. 5. 12. 66 zu Neuwied.
- 524672 S. Kemme, Eschl., geb. 28. 3. 88 zu Unfelburg.
- 577329 K. Schwertfeger, Eschl., geb. 1. 5. 59 zu Hohenstadt.
- 606145 Paul Schürer, Eschl., geb. 8. 2. 95 zu Reichenbach i. B.
- 617570 Otto Büschler, Pol., geb. 2. 6. 85 zu Ratworna.
- 667420 Otto Winkler, Eschl., geb. 25. 11. 94 zu Döbeln.
- 678544 Fritz Busse, Eschl., geb. 19. 4. 95 zu Dehme.
- 681470 Peter Stedel, Eschl., geb. 8. 5. 95 zu Udernach.

Im Monat August gingen von nachbenannten Zahlstellen folgende Beträge ein:

Gau Danzig: Danzig 400 M., Elbing 550, Hohenfalsa 19,71, Johannsburg 40,08, Königsberg 1400, Köslin, 200, Kolberg 100, Ratel 15,11, Schlawa 50, Sensburg 35, Elst 421 M.

Gau Stettin: Güstrow 300 M., Malchin 35,95, Neustadt 80, Neustrelitz 60, Parchim 100, Rostock 800, Schwerin 650, Stargard 240, Stralsund 200, Strelitz 190, Swinemünde 160, Torgelow 100, Warnemünde 100, Wismar 350 M.

Gau Breslau: Beuthen 135 M., Erdmannsdorf, 120, Festsberg 50, Glas 20, Glogau 100, Guhrau 70, Haynau 100, Herischdorf 165, Kattowiz 400, Langenöls 500, Lauban 110, Liegnitz 1200, Löwenberg 40, Reife 100, Riesch 200, Dels 200, Posen 300, Ratibor 25, Rybnitz 45, Schweidnitz 300, Strehlen 40, Wreschen 20 M.

Gau Berlin: Adlershof 100 M., Beelitz 25, Berlinchen 150, Cottbus 400, Crossen 24,70, Cüstrin 100, Dahme 30, Drielen 70, Drossen 70, Frankfurt 750, Französisch-Buchholz 40, Friedeberg 40, Gassen 125, Guben 350, Landsberg 404, Lübbenau 280, Neudamm 100, Neuenhagen 70, Neuruppin 100, Nowawes 200, Potsdam 200, Prenzlau 90, Priebus 130, Sagan 40, Schönlanke 150, Sorau 200, Spremberg 300, Wittenberge 300 M.

Gau Dresden: Altenberg 100 M., Baugen 1000, Bischofswerda 120, Brand 300, Cunnersdorf 450, Dippoldiswalde 130, Döbeln 300, Eppendorf 400, Freiberg 300, Geringswalde 1300, Glashütte 200, Großhain 150, Großhartmannsdorf 70, Großröhrsdorf 500, Großschönau 150, Hartha 600, Königstein 300, Köschenerbroda 200, Leisnig 300, Löbau 200, Meißen 1000, Neugersdorf 200, Neuhäusen 500, Niederfedlich 500, Dederan 120, Pirna 583,80, Rabenau, 500, Radeberg 600, Riesa 450, Stolpen 250, Waldheim 500, Wilsdruff 800 M.

Gau Leipzig: Adorf 120 M., Aue 150, Auerbach 180, Burgstädt 80, Chemnitz 5000, Crimmitschau 190,50, Eilenburg 1190, Eisenberg 447, Elsterberg 70, Falkenstein 100, Geithain 50, Gera 700, Glaucha 280, Gößnitz 200, Hainichen 200, Hohenstein-Ernstthal 60, Klingenthal 300, Limbach 100, Meerane 100, Neustädtel 65, Penig 70, Plauen 400, Raschau 160, Reichenbach 50, Ronneburg 100, Scheibitz 400, Schmölln 2000, Schönheide 800, Stollberg 40, Triebes 96,98, Zeitz 1000, Zwickau 550 M.

Gau Erfurt: Arnstadt 100 M., Bürgel 500, Camburg 91,40, Elrich 60, Frankenhäusen 400, Gera 20, Goldlauter 60, Gotha 650, Gräfenhain-Raundorf 50, Hildburghausen 30, Jena 200, Kebra 150, Lauterberg 300, Martinstroda 107,68, Mühlhausen 300, Neustadt a. d. O. 470, Nordhausen 500, Oßheim 40, Saalfeld 130, St. Andrastadt



130, Sonneberg 100, Suhl 50, Lambach 60, Wölflis 50, Zella-Mehlis 150 Mt.

Gau Magdeburg: Alten 80 Mt., Braunschweig 2000, Calbe 70, Cöthen 200, Coswig 200, Delfsch 80, Dessau 600, Gardelegen 797, Halberstadt 270, Hefinsiedt 250, Hettstedt 100, Magdeburg 1399,20, Sangerhausen 200, Stendal 200, Zerbst 200 Mt.

Gau Hamburg: Altona 80 Mt., Volzenburg 90, Brake 200, Buxtehude 50, Ederförde 50, Elmshorn 150, Emden 71, Geesthacht 400, Glückstadt 100, Grambn 70, Harfeld 75, Heide 150, Iphoe 100, Lübeck 700, Alneburg 600, Warne 100, Weidorf 120, Neumünster 825, Norden 180, Oldesloe 190, Preetz 80, Rendsburg 100, Segeberg 48, Sonderburg 70, Silberbrarup 150, Uetersen 100, Varel 150, Wilhelmshaven 1400, Winsen 100, Wyl 211,71 Mt.

Gau Hannover: Alfeld 159,49 Mt., Bielefeld 2000, Bünde 300, Hameln 300, Hess.-Oldendorf 120, Sildesheim 275, Lening 200, Nelle 300, Minden 450, Wünder 350, Obernkirchen 40, Deynhansen 300, Peine 140, Quatenbrück 150, Rheine 89,51, Springe 150 Mt.

Gau Düsseldorf: Aachen 100 Mt., Altona 60, Bonn 300, Dortmund 1100, Düsseldorf 600, Duisburg 400, Elberfeld 1600, Essen 1200, Gelsenkirchen 100, Hagen 800, Hamborn 100, Iserlohn 50, Krefeld 750, Lennep 100, Lüdenscheid 60, Mülheim 96,20, Solingen 500 Mt.

Gau Frankfurt: Amorbach 150 Mt., Badvarach 200, Bensheim 90, Darmstadt 700, Eckenhofen 150, Frantenthal 550, Hanau 1050, Kellheim 300, Kirchheim 200, Landau 140, Mannheim 3000, Reg 200, Michelstadt 70, Montabaur 40, Mosbach 70, Mülheim 160, Neu-Isenburg 500, Neustadt 200, Oberramstadt 120, Offenbach 1060, Pirmasens 43,08, Rumpenheim 200, Wörth 100, Worms 400, Zweibrücken 90 Mt.

Gau Nürnberg: Erlangen 800 Mt., Forchheim 86, Herzogenaurach 35, Kronach 44,50, Nördlingen 50, Pegnitz 70, Röhrenbach 8, Cassanfahrt 28, Schwabach 200, Schweinfurt 100, Selb 60, Witzsburg 500 Mt.

Gau München: Aibling 60 Mt., Augsburg 500, Dachau 300, Ingolstadt 50, Kempten 200, Krumbach 70, Landsberg 30, Memmingen 250, Mühldorf 100, Schwaben 80 Mt.

Gau Stuttgart: Alperg 80 Mt., Bruchsal 60, Durlach 400, Ebingen 100, Eßlingen 800, Freiburg 500, Fürtwangen 80, Gengenbach 40, Gingen 66,50, Göttingen 300, Hall 152, Karlsruhe 1550, Kirchheim 800, Konstanz 90, Ludwigsburg 8, Nagold 40, Neuenbürg 150, Neustadt 20, Nürtingen 100, Offenburg 42, Pforzheim 600, Ravensburg 100, Reichenbach 23, Reutlingen 200, Schopshelm 31, Schorndorf 95, Schramberg 200, Stuttgart 2200, Ulm 300, Wangen 20, Zuffenhausen 700 Mt.

Die Revisoren und Verwaltungen werden ersucht, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten.

Nicht mit aufgeführt sind die Beträge, welche für die Verlagsanstalt bestimmt waren.

Berlin SW. 16, Am Köllnischen Park 2.  
Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Elberfeld-Barmen. (Bürstenmacher.) Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Bürstenindustrie haben hier bei recht bescheidenen Löhnen noch die recht lange Arbeitszeit von 60 Stunden. Dazu wird in den Kleinbetrieben die Arbeit noch oft durch Mißstände in bezug auf gesundheitliche Einrichtungen erschwert. Unter diesen Umständen ist es doppelt zu begrüßen, daß die kräftig einsetzende Agitation guten Resonanzboden gefunden und der größte Teil der Bürstenmacher sich der Organisation angeschlossen hat. Hoffen wir, daß auch noch die wenigen Außenstehenden, die da glauben, ihre organisierten Kollegen bekämpfen zu müssen, auch noch gleich tüchtige Kämpfer für eine bessere Zukunft unserer Klasse werden. An unsere Kollegen richten wir den dringenden Appell: Seid unermüdet in der Werbung neuer Mitglieder. Jedes neue Mitglied bedeutet einen Schritt weiter zur Verbesserung unserer Existenzbedingungen. Jammer dringender wird auch Euch die Aufgabe, für guten Besuch der Versammlungen zu agitieren, diese sind die Quellen der Arbeit und der Erfolge. Die zureisenden Kollegen bitten wir, vor Annahme von Arbeit auf dem Jahreshellenbüro, Elberfeld, Berliner Straße 17, oder beim Kollegen Götz, Barmer, Schwarzbachstraße 83, vorzusprechen.

Essen. (Stellmacher.) Unsere letzte Sektionsversammlung nahm Stellung zur Agitation unter unseren Berufskollegen. Kollege Körsberger wies darauf hin, welche Mühe sich der christliche Holzarbeiter-Verband gebe, um die Stellmacher zu organisieren. Das muß auch für uns ein Ansporn sein, alles aufzubieten, um die indifferenten Kollegen — und deren gibt es in Essen noch ein ganz Teil — erneut zum Eintritt in unsere Organisation aufzufordern. Wie notwendig das ist, geht deutlich daraus hervor, daß die Stellmacher hier noch 60 und mehr Stunden pro Woche arbeiten müssen, während die Tischlerkollegen längst die 48stündige Arbeitszeit errungen haben. Die Kollegen versprochen im Sinne des Referenten zu handeln. Unter anderem wurde dann noch ein Bericht unserer Sektion der Zehlfelder Magdeburg besprochen. Der Vorarbeiter Hof, von dem dieser Bericht spricht, hat auch die hiesigen Kollegen im Betriebe von Essen drei Wochen mit seiner Anwesenheit beglückt, zwar nicht als Meister, aber doch in dem Bahne, eines Fegees zu sein. So ließ er sich nicht, wie das allgemein üblich ist, per Du ansprechen; weiter verbat er sich, als er nach seiner Organisationszugehörigkeit gefragt wurde, er solle Anwartschaft, das gehe niemand etwas an. Schließlich gab er an, daß er im Werkmeister-Berband sei, da er im Arbeitsmeister war. Da aber dieses Meisterverhältnis, nach seinen Angaben, ohne Kündigung gelöst wurde, kann man über diese Meisterei seine eigenen Gedanken haben. In dieser Gedankens wurden die Kollegen bei von Essen noch durch die hervorragenden Leistungen des F. befaßt. Der von zwei Ratten, die ihm vorgegeben wurden, das meiste Holz zerreiben hat. Und solche Selten werden guten Arbeitern der Vorarbeiter spielen!

Hannover. (Bürstenmacher.) Während sich die Arbeiter der Firma Rehbock unter ihrem früheren Inhaber einer ganz Besonderen erfreuten, so sind sie unter dem

jetzigen Besitzer, Hermann Rehbock, den denkbarsten Schikanen ausgesetzt. Besonders haben darunter die Richter und Pinselmacher zu leiden. Nicht nur, daß die Materialien sehr schlecht und staubig sind, und nebenbei undesinfiziert, sind auch die Preise so niedrig, daß ein tüchtiger Richter bei der größten Leistung selten über 25 Mt. verdient. Wenn nun ein Kollege durchblicken läßt, daß die Preise zu niedrig sind, so ist für ihn sicher, daß er in Wäld sein Bündel schnüren muß. Herr Rehbock und sein Werkmeister, der selbst nur 24 Mt. Lohn bezieht, wissen es schon anzupacken, solche Leute los zu werden, ohne mit dem Verband in Konflikt zu geraten. Leider gibt es noch eine Reihe von Kollegen, die auf schriftliche Anfragen nach hier kommen, aber dann bitter enttäuscht, schon nach wenigen Wochen von demselben Schicksal wie ihre Vorgänger getroffen, Hannover verlassen müssen. Alle Kollegen wollen sich deshalb vor Annahme einer Stellung bei der Sektionsleitung oder Ortsverwaltung erkundigen.

Hamburg. (Partiatischer Arbeitsnachweis.) Wochenbericht vom Sonnabend, den 30. August, bis Freitag, den 5. September 1913.

Table with 4 columns: Branchen, In d. Woche besetzte Arbeitsstellen, Am Wochenschluß vorhandene offene Arbeitsstellen, gemeldete Arbeitslose. Rows include Bauschüler inkl. Aufschläger, Möbelkünstler, Maschinenarbeiter, Polierer inkl. Feiger, Drechsler, sonstige Branchen, and a total row.

Heidelberg. (Gummidrehler.) Die hiesigen Kollegen haben sich in der letzten Versammlung sehr warm für eine Gummidrehlerkonferenz ausgesprochen. Diese Konferenz sollte aber nicht bloß für die chirurgische Branche, sondern für alle Gummidrehler abgehalten werden, damit man endlich einmal die Frage des Zentralarbeitsnachweises für Gummidrehler ihrer Lösung näher bringt. Wir haben es hier schon unangenehm empfunden, daß die vielen Angebote auswärtiger Kollegen auf die hier Beschäftigten einen Druck ausüben, besonders in der Zeit, wo das Geschäft nicht zum besten geht.

Johannisburg i. Ostr. Angeregt durch die wirtschaftlichen Erfolge der organisierten Bauarbeiter, traten jetzt die Arbeiter der Holzpläne und Schneidemühlen an die Ortsverwaltung heran, um auch für sie einmal eine Verbandsversammlung abzuhalten, während unsere früheren dahingehenden Versuche ohne Erfolg geblieben waren. Diese Versammlung kam dann am 24. August zustande und brachte dem Verband auch eine Anzahl Aufnahmen. Mögen sich nun diese neuen Verbandsmitglieder als den Sauerreiß betrachten, der die Masse der Kollegen in Gärung bringt. Bei dem langen Lohn, der hier trotz langer Arbeitszeit verdient wird, ist die Wirksamkeit des Verbandes doppelt nötig. Wie die Bauarbeiter durch ihre Einigkeit Verbesserungen erreichten, so können es auch die Arbeiter dieser Betriebe, wenn sie nur ernstlich wollen.

Magdeburg. (Modell- und Fabrikarbeiter.) Unsere gut besuchte Branchenversammlung vom 27. August beschäftigte sich mit der Arbeitszeitverkürzung in den Betrieben der Metallindustrie. Kollege Gorgas referierte über „Die wahren Erfolge der Arbeitszeitverkürzung in materieller und gesundheitlicher Beziehung“. Redner kritisierte, daß die gesamte Verkürzung auf den Sonnabend gelegt ist und die übrigen Arbeitstage eher verlängert sind. Die Pausen sind dabei so verkürzt, daß sie zum Einnehmen der Mahlzeiten kaum ausreichen. Außerdem fehlt der Lohnausgleich durch Akkordhöhung. Im Gegenteil ist vereinigt eine Verdienstsichädigung bis zu 2,40 Mt. die Woche eingetreten. Wenn man auch die ausgefallenen Stunden nachholen kann, so können sich unsere Kollegen keineswegs damit einverstanden erklären. Diese Ausführungen wurden in der Diskussion noch unterstrichen. Auch wurde lebhaft dafür gesprochen, daß unbedingt eine Konferenz der Modellkünstler stattfinden müsse, die sich hauptsächlich mit der Frage der Arbeitszeitverkürzung beschäftigen solle. Eine einstimmig beschlossene Resolution bedauert die hier vorgenommene Art der Arbeitszeitverkürzung mit der Verlängerung der Arbeitsdauer an einzelnen Tagen und der Kürzung der Pausen und des Lohnes, und fordert die baldige Einberufung einer Branchenkonferenz.

Reichenbach a. Gils. Die hier beschäftigten Kollegen glauben es nicht nötig zu haben, dem Verband beizutreten, da sie teilweise noch weitere Erwerbsquellen mit Landwirtschaft und Heimarbeit haben. Dies ist aber gerade ein Zeichen der bestehenden Not, die hier herrscht. Ist es doch nun bei 10- bis 10 1/2stündiger Arbeitszeit hier nicht einmal möglich, einen auskömmlichen Lohn zu verdienen. Gleichgültig wird auch von der heranwachsenden Generation der alte Söldnerdian beibehalten, mit der Entschuldigung, hier sei doch nichts zu machen, weil die älteren Kollegen nicht beitreten. Dem alten, zusammengekauften, abgehenden Arbeiterstamm sollte aber wenigstens ein gesunder Nachwuchs folgen. Deshalb ist es jetzt schon die höchste Pflicht jedes Arbeiters, sich zu organisieren, um zur gegebenen Zeit die wirtschaftliche Lage verbessern zu können. Nicht zuletzt hat sich aber auch bei den schon organisierten eine Gleichgültigkeit eingebürgert, die sich auf keine Weise entschuldigen läßt. Sind doch immer noch Kollegen vorhanden, die das ganze Jahr hindurch in keiner Versammlung erscheinen, viel weniger sich an Agitationsarbeit beteiligen. Am Sonntag, den 21. September, vormittags 10 Uhr, findet nun im Lokal „Waldhorn“ eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in welcher Gannorsteher Klau referieren wird. Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Indifferenten hierzu mit heranzuziehen.

Schwerin i. Meckl. Seit dem 1. August besteht hier ein eigener Arbeitsnachweis unserer Zahlstelle. Ehe die Kollegen zu dessen Errichtung schritten, ist natürlich versucht worden, einen partiatischen Arbeitsnachweis einzuführen. Die diesbezüglichen Anfragen bei der Tischlerinnung und dem Arbeitgeber-Sachverband waren leider vergeblich.

Nun ist es aber unumgänglich, den Arbeitsnachweis aufrecht zu erhalten, wenn die Kollegen derartig gewissenlos sind und durch Umschauen Arbeit suchen. Dadurch bleiben die Kollegen, die es mit der Verbandsfrage ernstlich meinen und allein den Arbeitsnachweis benutzen, viel länger arbeitslos, wie es der Fall wäre, wenn alle Kollegen ihre Pflicht erfüllen. Alle Kollegen, die ja bis jetzt ohne Arbeitsnachweis in Arbeit getreten sind, waren Zugereiste, die bedauerlicherweise immer noch die Herberge zur Heimat benutzen. Diese Herberge hat hier bei der Lohnbewegung der Firma Bliffert der Streikbrechervermittlung gebietet und leistet jetzt den Arbeitgebern bei der Umgehung des Arbeitsnachweises Dienste. Es müßte seitens unserer Zahlstellen mehr darauf hingearbeitet werden, daß die reisenden Kollegen nur die Verbandsherbergen benutzen, zu ihrem eigenen und zum Nutzen der gesamten Kollegen, denn hier haben z. B. alle die durch Umschauen oder die Herberge zur Heimat in Arbeit getreten sind, diese doch wieder verlassen müssen. Diese Mühe bliebe erspart, wenn alle Kollegen, ehe sie nach Arbeit anfragen, sich bei der Lokalverwaltung oder auch der Verbandsherberge nach den örtlichen Verhältnissen erkundigen würden. In Schwerin i. Meckl. dürfen Holzarbeiter aller Branchen nur durch den Arbeitsnachweis, Großer Moor 18 in Arbeit treten.

Treuen. Bei der Firma C. G. Haffner ist in letzter Zeit eine unausgeglichene Antreiberei ausgebrochen. Trotzdem sämtliche Tischler erst kürzlich eine Woche gestreikt haben wegen dieser Behandlungsweise und der Maßregelung von Werkstattdelegierten, so ist doch die versprochene Besserung bis jetzt noch nicht eingetreten. Besonders zeichnet sich dabei bei seit einigen Wochen eingetretene, christlich organisierte Werkführer Franz Bröder, aus Ilverskirchen bei Münster i. W., aus. Trotz seiner erst 25 Lebensjahre glaubt er alle Arbeiter als minderwertig und Faulenzer hinstellen zu können. Kollegen, welche diesen Herrn aus seiner früheren Tätigkeit kennen, bitten wir um Auskunft darüber. Nach dem Streik sucht die Firma in verschiedenen Zeitungen Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter, mit der Bemerkung, daß Mitglieder unseres Verbandes nicht berücksichtigt werden. Die älteren aufässigen Arbeiter eckelt die Firma langsam hinaus. Da es ihr durch das Gewerbegericht schon mehrmals klar gemacht worden ist, daß sie niemandem ohne Kündigung oder mit Lohnabzügen fortschicken darf, so verucht sie jetzt, selbst Leute, die schon jahrelang dort gearbeitet und denen Lebensstellung versprochen wurde, ohne oder mit einem minderwertigen Zeugnis fortzuschicken, so daß diese Leute sich auch deswegen an das Gewerbegericht wänden. Zukünftige wollen sich hier ausschließlich an die Lokalverwaltung wenden.

Waren i. Meckl. Zu der am 1. September abgehaltenen Monatsversammlung waren sämtliche Säger i. a. r. b. e. i. t. e. r. eingeladen und auch einige erschienen. Nachdem diesen die Rechte und Pflichten der Verbandsmitglieder genügend erläutert waren, traten sofort sechs Sägerarbeiter dem Verbande bei. Damit ist es nun der Lokalverwaltung gelungener endlich auch in die Sägereien einzudringen, und es wird nunmehr auch möglich sein, den letzten Mann heranzubekommen. Schon fängt es an, den Sägereiarbeitern klar zu werden, daß sie nur durch die Organisation ihre Lebenslage verbessern können. Darum, Kollegen, noch einmal frisch ans Werk, um auch die noch Fernstehenden für den Verband zu gewinnen.

Unsere Lohnbewegung. Zum Werftarbeiterstreik.

Seit länger als zwei Wochen ist auf der ganzen Linie die Wiederaufnahme der Arbeit von allen Werftarbeitern beschlossen gewesen; nur unsere Mitglieder an der Unterweser beharrten auf ihrem Sonderstandpunkt und verhinderten so die Durchführung der von der Gesamtheit gefassten Beschlüsse. Das bedeutete nicht bloß eine zwecklose Vergeudung ungeheurer Unterstützungssummen — unseren Verband kostet es allein über 45.000 Mt. die Woche — es mußte auch damit gerechnet werden, daß der Arbeiterschaft außer dem materiellen Schaden immer neue Schwierigkeiten erwachsen würden.

Ungeachtet dieser Sachlage trat an den Verbandsvorstand die Frage heran, was nun zu tun sei. Mit der Entziehung der Verbandsunterstützung allein war es nicht getan, denn die Streikenden übten am Orte ihren Einfluß rücksichtslos aus. In Bremen a. v. n. wurden sie sogar von der Ortsverwaltung kräftig unterstützt, welche bekanntgemacht hatte, daß der Streik auf Kosten der Lokalkasse weitergeführt würde. Trotz der ablehnenden Beschlüsse des Vorstandes hat es auch zunächst an Unterstützung nicht gefehlt. Die Kollegen hielten ihren Sonderstandpunkt in Bremen a. v. n. bis zum 28. August, in Bremen bis zum 4. September aufrecht.

In letzterem Orte hatte am 29. August eine allgemeine Mitgliederversammlung zwar eine geringe Mehrheit für Weiterführung des Streiks ergeben, aber es konnte trotzdem niemand daran zweifeln, daß die Zahlstellenmitglieder den Streik beendet wünschten. Man wollte nur den Streikenden das Recht der Abstimmung nicht beschneiden. Als diese dann am anderen Tage aber wiederum an der Fortführung des Streiks festhielten, mußten doch andere Saiten aufgezoogen werden. Am 1. September richtete der Vorstand an die Ortsverwaltung die telegraphische Aufforderung, sofort eine Abstimmung der gesamten Mitgliedschaft über Fortsetzung oder Beendigung des Streiks herbeizuführen. Die Verwaltung leitete eine Urabstimmung ein, wobei sie auch zugleich die Frage stellte, ob durch Extrabeiträge die nötigen Mittel aufgebracht werden sollten. Das Abstimmungsergebnis ergab eine übergroße Mehrheit gegen die Weiterführung des Streiks, aber die maßgebenden Beschlüsse sollten einer zum 4. September angesetzten Mitgliederversammlung vorbehalten bleiben.

Die Streikenden sahen nun ein, daß ihr Standpunkt fast nirgends mehr eine Stütze fand und beschlossen daher am Morgen des 4. September die Beendigung des Streiks. In einer Resolution, deren Inhalt für sich selbst spricht, haben sie ihren Beschluß wie folgt begründet:



„Die Holzarbeiter geben den Kampf auf und erklären sich zur Arbeitsaufnahme bereit. Nicht der Glaube an eine verlorene Sache ist es, der sie veranlaßt, diesen Schritt zu tun, sondern der nackte Bureaumatismus unserer Vorstände, welche jede Unterstüßung zurückgezogen haben. Wir, die Streikenden, sind nach wie vor der Meinung, wenn die Vorstände willens gewesen wären, den Kampf aufzunehmen, so hätten wir unsere Gegner niedergeworfen. Nicht die Werkbesitzer haben uns besiegt, sondern unsere eigenen Organisationen durch die Kurzschichtigkeit unserer Vorstände. Da auch unsere Lokalverwaltung sich zurückgezogen hat und durch ihr Verhalten bewiesen hat, daß sie alles aufbieten wird, uns die Geldquellen zu verstopfen, so erkennen wir an, daß die Verhältnisse stärker sind als wir, und so geben wir, der Not gehorchend, den Widerstand auf. Wir geben uns noch der Hoffnung hin, daß dieses Verhalten der Vorstände sich nicht wiederholen möge und auch sie aus der von ihnen selbst verpflanzten Werkarbeiterbewegung gelernt haben.“

Da wir beabsichtigen, auf die Werkarbeiterbewegung noch eingehend zurückzukommen, werden wir auch diesen Erguß alsdann näher würdigen. Die Mitgliederversammlung der Zählstelle Bremen hat den Streikenden keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie sich durch ihr Verhalten selbst in den eigenen Kollegenkreisen die Sympathien verherzt hatten. Davon ändert auch das nachstehende anonyme Telegramm aus Hamburg nichts, das in der Bremer Streikerversammlung am 4. September verlesen wurde:

„Streikende Holzarbeiter senden volle Sympathie mit eurem Vorgehen. Uebrigens Berichte, von welcher Seite sie auch kommen, erlogen.“

Mit solchen ebenso „bescheidenen“ wie „einwandfreien“ Mitteln ist im Werkkampf vielfach Stimmung gemacht worden. Doch wollen wir es für heute bei der Registrierung bewenden lassen.

Nachdem nunmehr die Beschlüsse aller Arbeiter über Wiederaufnahme der Arbeit vorliegen, sind am 6. September die Arbeitsnachweise wieder geöffnet worden.

In Darmstadt ist die Aussperrung im Sägewerk B. W. Nachf. am 2. September durch Abschluß eines Tarifvertrages zur Aufhebung gekommen. Die Arbeitszeit wird von 60 auf 58 Stunden herabgesetzt. Außer dem Lohnausgleich hierfür erhalten die Arbeiter sofort 2 Pf. und am 1. Oktober der nächsten drei Jahre je 1 Pf., insgesamt also 5 Pf. Lohnerhöhung die Stunde. Ueberstunden werden mit 25 Prozent Aufschlag bezahlt. Die Mindestlöhne betragen für Maschinenarbeiter 46 Pf., Maschinenhilfsarbeiter 38 Pf., Holzarbeiter 37 Pf. und Tagelöhner 36 Pf. die Stunde und steigen mit den alljährlichen Lohnzulagen um weitere 3 Pf. Die Arbeitsaufnahme hat sich aber um einige Tage verzögert, weil die Maschinen unter der „sachmännischen“ Behandlung einiger Streikbrecher derart zu Schaden gekommen waren, daß sie erst repariert werden mußten.

In Fehrbellin erreichten die Pantinenmacher durch Verhandlung eine Erhöhung des Stundenlohnes von 30 auf 33 Pf. Der Lohn der Holzschneider wurde von 7 auf 7 1/2 Pf. pro Paar heraufgesetzt. Die Nagler erhalten ebenfalls 1/2 Pf. Zulage pro Paar, für das es bisher 5 und 6 Pf. gab. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. Wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt sind, wie es die Kollegen forderten, so können wir doch mit der Vereinbarung vorläufig zufrieden sein, und wollen dahin wirken, daß die Kollegen, welche dem Verbands noch fernstehen, auch bald wieder zu unseren Mitgliedern zählen.

In Feucht hat die Firma Beer am 8. August sämtliche Schreiner, Maschinenarbeiter und Säger ausgesperrt. Der Grund hierzu war der, daß einige Arbeiter auf den vertraglich festgelegten Mindestlohn pochten. Trotz mehrfachen Verhandlungen weigerte sich die Firma, den Lohn zu bezahlen, so daß die betreffenden Arbeiter gezwungen waren, aufzuhören. Um dem Vertrag aus dem Wege zu gehen, hat die Firma hierauf alle Arbeiter entlassen. Wieder ein neuer Beweis von der Vertragsstrenge der Unternehmer und deren Friedensliebe. Streikbrecher haben sich seither noch nicht gefunden, trotzdem die Firma mit Inseraten in auswärtigen Zeitungen nicht kargt.

In Jöhstadt im Erzgebirge ist bei den Firmen F. A. Anger u. Sohn und Rich. Anger ein dreijähriger Vertrag zum Abschluß gebracht worden. Dadurch wird die wöchentliche Arbeitszeit von 59 auf 56 Stunden verkürzt, die Stundenlöhne werden innerhalb der Vertragsdauer um 5 Pf. und dementsprechend auch die Akkordpreise erhöht. Im Gegensatz zu dem alten Vertrage wurden diesmal auch Mindestlöhne für alle Branchen festgesetzt. Wohl sind die vereinbarten Mindestlöhne von 30 bzw. 33 Pf. pro Stunde für Tischler und Maschinenarbeiter als recht niedrig zu bezeichnen, jedoch bedeuten dieselben gegen den früheren Zustand immerhin einen Fortschritt. Als ein Erfolg für die Akkordarbeiter ist auch die vertragliche Bestimmung zu betrachten, wonach mit jedem Akkordarbeiter ein Stundenlohn in Höhe seines Akkorddurchschnittsverdienstes zu vereinbaren ist, welcher bei neuen Mustern usw. garantiert wird. Ferner soll der willkürlichen Festsetzung der neuen Akkordpreise dadurch begegnet werden, daß für jede Branche eine Kommission zu wählen ist, welche die neuen Muster kalkuliert und die Akkordpreise mit der Firma vereinbart, doch ist auch hierbei der vereinbarte Stundenlohn gesichert. Wohl hat der Vertragsabschluss die berechtigten Wünsche der Arbeiter nicht voll befriedigt, doch trug hierzu in erster Linie die ungünstige Geschäftslage bei. Aber in der richtigen Anwendung dessen, was vertraglich festgelegt wurde, ist ein Erfolg unverkennbar. In dieser Richtung zu arbeiten und die Kollegenschaft zu erziehen, muß die nächste Aufgabe des Verbandes sein.

In Leipzig dauert der Streik der Modellkünstler und Drechsler fort. Es sind in letzter Zeit Agenten am Werke, Streikbrecher aufzutreiben. Insbesondere ist es die Maschinenfabrik vorm. Ph. Swiderski, die in dieser Art alle Anstrengungen macht. Vier unorganisierte Modellkünstler waren in Berlin auch bereits angeworben und nach dieser Firma beordert. Bei Ankunft gelang es uns jedoch, diese

Kollegen über die Situation aufzuklären. Noch am selben Tage reisten die vier wieder ab. Die Firma hat bei allen bedeutenden Unkosten, die ihr die Streikbrecherwerbung verursacht, das Nachsehen. Auch mit den Modellfirmen ist es bis jetzt zu einer Einigung nicht gekommen. Es sind jedoch Verhandlungen eingeleitet. Die Unternehmer weigern sich, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich anzuerkennen. Wir bitten die Kollegen bei Werbung von Arbeitswilligen durch Agenten sofort der Lokalverwaltung Mitteilung zu gehen zu lassen und jeden Zugang von Leipzig fernzuhalten.

In Leipzig arbeiteten bisher noch vier von den Bilderrahmen- und Vergoldergeschäften mit etwa 30 Beschäftigten unter einem Sondervertrag, während die beiden größeren Betriebe mit 65 Arbeitern dem allgemeinen Vertrag für das Holzgewerbe unterstanden. Um einheitliche Verhältnisse im Gewerbe zu schaffen, haben nun die Kollegen der vier kleineren Betriebe ihren Sondervertrag zum 1. Oktober gekündigt mit dem Ziele der Unterstellung unter den allgemeinen Vertrag.

In Meuselwitz ist mit der Firma Rudolph Dorstewitz, Vaugeschäft, ein Vertrag mit dem Ablaufstermin 15. Februar 1915 abgeschlossen worden. In der Hauptsache wurde hierbei eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 57 auf 55 Stunden und eine Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Pf. innerhalb der Vertragsdauer erreicht. Die Mindestlöhne steigen von 44 auf 48 Pf., für Gehilfen unter 20 Jahren von 38 auf 42 Pf. pro Stunde. — Unter Anlehnung an diesen Vertrag kam bei den Kleinmeistern eine dreijährige Vereinbarung zustande, wonach die Mindest- und Stundenlöhne in derselben Weise erhöht werden.

In Mühldorf a. Inn konnte nach längeren und eingehenden Verhandlungen für das Sägewerk von Ludw. Geiger ein bis 1. April 1917 gültiger Tarifvertrag vereinbart werden, dessen wesentliche Errungenschaften in der Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 58 Stunden bestehen. Die bisher bezahlten Löhne werden um 3 Mk. die Woche erhöht und die Akkordsätze um 7 Prozent. Die neu eingeführten Mindestlöhne für die einzelnen Sparten erfahren die gleiche Steigerung. Die übrigen Verbesserungen entsprechen den sonst in Tarifen üblichen Vereinbarungen und kommt die gesamte Errungenschaft zirka 69 Arbeitern zugute.

In Schlutup bei Lübeck ist die Lohnbewegung der Tischler erfolgreich beendet. Herr Göbcke, der sich anfangs hartnäckig weigerte, die Forderungen anzuerkennen, hat nunmehr dieselben auch schriftlich anerkannt. Erreicht wurde eine sofortige Lohnerrhöhung von 6 Pf. die Stunde und ab 1. Oktober d. J. eine Arbeitszeitverkürzung von drei Stunden die Woche. Der Lohn beträgt 56 Pf. die Stunde und die Arbeitszeit 57 Stunden die Woche.

**Ausland.**

In Abo in Finnland hat, wie wir in Nr. 35 berichteten, in der Bürstenfabrik Åström u. Co. ein Streik stattgefunden. In einer, an unsern Verbandsvorstand gerichteten, vom 26. August datierten Zuschrift bekräftigt die Firma das Vorliegen eines Streiks. Die Lohnunterschiede seien durch den freiwilligen Austritt der betreffenden sechs Arbeiter erledigt.

Wir haben weitere Erkundigungen eingezogen und erfahren, daß in der Fabrik meist Mädchen beschäftigt sind; unter ungefähr 130 Personen sind, einschließlich der Meister, nur höchstens 20 männliche Arbeiter im Betrieb. Die Differenz betraf nur die Abteilung der Ringpinselmacher, bei der es bei der Einführung einer Einzelflegmaschine zu Differenzen wegen der Höhe des Abzuges für die Arbeiterleistung kam. Die sechs Arbeiter sind ausgetreten und haben der Firma selbst durch eine Erklärung bestätigt, daß von ihrer Seite kein Streik vorliegt. Tatsächlich scheint es sich um eine, infolge mangelhafter Organisation unglücklich verlaufene Lohnbewegung zu handeln, doch liegt keine Veranlassung vor, die Sperre des Betriebes aufrechtzuerhalten.

**Aus der Holzindustrie.**

**Die Firma Flemming in Schönheide berichtigt.**

In einer Korrespondenz aus Schönheide, die in Nr. 35 der „Holzarbeiter-Zeitung“ abgedruckt wurde, ist ein Brief wiedergegeben, der für das Verhältnis, welches zwischen den schwerreichen Bürstenfabrikanten in Schönheide und ihren ausgemergelten Arbeitern herrscht, bezeichnend ist. Die Behandlung dieser Dinge in der Presse hat den Inhaber der Firma Ed. Flemming u. Co. verschumpft. Er hat den Rechtsanwalt Rodeck in Eisenfod mit der Vertretung seiner Interessen uns gegenüber beauftragt und dieser schreibt uns: „Namens und in Vollmacht meiner Mandantin fordere ich Sie gemäß § 11 des Preßgesetzes auf, die betreffende Berichtigung in der nächsten Nummer an sichtbarer Stelle (im Original unterstrichen) aufzunehmen zu wollen.“

Dieses Verlangen des Rechtsanwalts ist zwar gesetzlich nicht begründet, wir kommen aber seinem Verlangen, die Sache ausführlich zu behandeln, um so lieber nach, als es auch unseren Wünschen entspricht, daß die Zustände in der Schönheider Bürstenindustrie in möglichst weiten Kreisen bekannt werden. Das wird vielleicht dazu beitragen, daß eine Besserung eintritt. Befagte Berichtigung hat folgenden Wortlaut:

Schönheide, den 2. September 1913.

In der 2. Beilage der Nummer 35 der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom 30. August 1913 ist ein Brief der Firma Ed. Flemming u. Co. Sächs. Kardätschen-, Bürsten- und Pinselfabrik, Kommandit-Gesellschaft, abgedruckt und dabei angeführt worden, daß der Grund, weswegen die Arbeiterin nicht mehr bei der Firma Ed. Flemming u. Co. bleiben wollte, gewesen sei, daß sie nur 7 Mk. pro Woche verdient habe. Demgegenüber stellen wir fest, daß nach dem beifolgenden Lohnnachweis für die Maschinenführerin Meta Göbcke, diese pro Woche einen Durchschnittslohn von 10 Mk. 77 Pf. verdient hat. Die Angabe in Nummer 35 der „Holzarbeiter-Zeitung“ beruht also auf Unwahrheit. Im übrigen ist es

das gute Recht der Firma Ed. Flemming u. Co., die Wohnungen, die für die bei ihr beschäftigten Arbeiter bestimmt sind, solchen zu kündigen, die ihr Arbeitsverhältnis bei der Firma aufgegeben haben.

Rechtsanwalt Rodeck,

als Bevollmächtigter der Firma Ed. Flemming u. Co., Sächsische Kardätschen-, Bürsten- und Pinselfabrik, Kommandit-Gesellschaft.

Mit dem letzten Satz der Berichtigung werden offene Türen eingemacht. Das gute Recht der Firma haben wir nicht bestritten, es gibt aber Fälle, in welchen die Wahrnehmung eines juristischen Rechtes ein moralisches Unrecht ist. Um den Sachverhalt in Erinnerung zu bringen, wollen wir noch einmal den in Frage stehenden Brief abdrucken. Derselbe lautet:

Schönheide, den 9. August 1913.

Herrn . . . . .

Da heute Ihre Tochter . . . . . gekündigt hat, und zwar ohne jedweden Grund, und nun weiter niemand mehr von Ihnen bei uns arbeitet als Ihr Sohn, so können wir auch Ihre jetzt innehabende Wohnung in unserem Hause für Arbeiter, die bei uns arbeiten und alle ihre Kinder bei uns arbeiten lassen, besser verwerten, weswegen wir uns genötigt sehen, Ihnen das Logis unter heutigem Tage zu kündigen und wäre die Wohnung dann uns am 6. September a. c. abends als geräumt zu übergeben. Sollte Ihre Tochter die Kündigung nächsten Montag zurücknehmen, würden wir uns dann bereit erklären, die Wohnungs-Kündigung ebenfalls zurückzunehmen.

Eine Hand wäscht die andere.

Sächs. Kardätschen-, Bürsten- und Pinselfabrik, Ed. Flemming u. Co., Kommandit-Gesellschaft, geg. Ed. Flemming.

Die Berichtigung der Firma Flemming richtet sich ausschließlich gegen die Behauptung, daß die in Frage kommende Arbeiterin nur 7 Mk. pro Woche verdient habe. Dieser Satz ist aber von recht untergeordneter Bedeutung. Wir haben von der Angelegenheit Notiz genommen, weil sie zeigt, wie rücksichtslos der Unternehmer von seiner wirtschaftlichen Uebermacht Gebrauch macht, um die Arbeiter zu zwingen ihm ihre Arbeitskraft für billiges Geld zur Verfügung zu stellen. Wie hoch der Lohn im Einzelfall ist, ist hierbei völlig belanglos.

Die Erfahrung ist übrigens nicht neu, daß die Firma Flemming ein lebhaftes Verlangen nach jungen Arbeitskräften hat, und um dieses Verlangen zu befriedigen, zu Mitteln greift, die zwar vom juristischen Standpunkt betrachtet, einwandfrei sein mögen, aber moralisch doch recht bedenklich erscheinen. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ hat sich schon früher mit diesen Dingen beschäftigt, und das nachfolgende Dokument, das wir aus einem älteren Jahrgang unseres Blattes ausgegraben haben, illustriert drastisch die Auffassung der Firma.

**Bekanntmachung der Firma Flemming.**

Ausnahme von jugendlichen Arbeitern zu Ostern 1905 betreffend.

Ich ersuche hiermit alle in unserer Fabrik beschäftigten Väter und Mütter, dafür Sorge zu tragen, daß ihre zu Ostern aus der Schule kommenden Kinder auch bei uns in Beschäftigung treten. Denn wir haben gerade jugendliche Arbeiter in allen Branchen sehr notwendig, und verdienen die jungen Leute auch einen Pfennig Geld, mindestens ebensoviel, als wenn sie irgendwo in eine Lehre gesteckt werden. Und dort 3 oder 4 Jahre lernen müssen, und dann schließlich als Handwerksgehilfe keine Arbeit haben. Wie es in jetziger Zeit sehr oft der Fall ist.

Unterzeichneter dieses muß notgedrungen mit aller Strenge verlangen, daß diejenigen Kinder, von denen Vater oder Mutter in der Fabrik arbeiten, auch bei uns in Arbeit treten und würden wir uns genötigt sehen, bei dem Gegenteil entsprechende Maßregeln zu ergreifen. Es wäre doch auch ganz widersinnig, wenn Vater oder Mutter in unserer Fabrik einen schönen einträglichen Posten bekleiden und die Kinder wollten etwas anderes und nichts Besseres lernen oder gar in andere Fabriken gehen. Die Eltern müßten dann eben auch dorthin gehen. Ich hoffe also bestimmt, daß ich wegen dieser Angelegenheit zu Ostern mit betreffenden Eltern keine Differenzen habe, und daß ich sämtliche Kinder in die Fabrik hereinbekomme. Diejenigen Eltern, welche Knaben oder Mädchen aus der Schule bringen, wollen sie doch immer bei Lohnrechener Richter mit anmelden, damit ich mir ein Bild machen kann, in welche Branche ich sie tue.

Schönheide, den 20. Febr. 1905.

Ed. Flemming jun.

Aus dieser Bekanntmachung spricht der gleiche Geist, der sich in dem oben zitierten Brief kundgibt. Es ist der rücksichtslose Unternehmerübermut. Der Fleiß der Arbeiter hat den Fabrikanten reich gemacht. Dieser aber mißachtet die Quelle seines Reichtums. Ihm genügt es nicht, die Eltern auszubeuten, er hat dringendes Verlangen nach den Kindern. Den Interessen der Schönheider Bürstenkönige würde es widersprechen, wenn die Arbeiter ihren Nachwuchs einem lohnenderen Gewerbe zuführen. Einmal ist die Kinderarbeit an sich sehr billig, dann aber wird durch eine derartige Vererbung des Berufes von den Eltern auf die Kinder erreicht, daß den Fabrikanten immer genügend Arbeitskräfte billig zur Verfügung stehen.

Der Inhaber der Firma Ed. Flemming u. Co. ist zweifellos ein korrekter Ehrenmann, der sich streng innerhalb der Grenzen hält, die das Gesetz gezogen hat und der sich auf keinem Fehltritt ertappen läßt. Und doch ist die ob des Bekanntwerdens der erwähnten Kundgebung an den Tag gelegte Nervosität kein Zeichen für ein gutes Gewissen.



**Aus der Internationale der Holzarbeiter.** Die letzte Nummer des „Bulletin“ der Internationalen Union der Holzarbeiter enthält einige interessante Berichte aus ausländischen Bruderorganisationen. Ein recht trübes Bild entwirft der im Juni dieses Jahres geschriebene Bericht aus Bulgarien. Der Berichterstatter bemerkt einleitend, daß er erst kürzlich wegen Krankheit vom Schlachtfeld zurückgekehrt, schon wieder die Aufforderung erhalten habe, sich in seiner Garnison der militärischen Untersuchungskommission zu stellen. Der Holzarbeiter-Verband hat sich im Jahre 1912 bis zum Beginn des Krieges im September recht gut entwickelt. Die Mitgliederzahl war in dieser Zeit von 493 auf 699 gestiegen und die Hoffnung schien begründet, das erste Tausend noch vor Jahreschluß vollzumachen. Da kam der Krieg und zerstörte alle Hoffnungen. In den neun ersten Monaten des Jahres führte der Verband zwölf Streiks und war an einer Aussperrung beteiligt. Zwei der Streiks brachen in Brettsägereien aus. An ihnen waren 320 Personen beteiligt, die zusammen einen Verlust von 2540 Arbeitstagen erlitten; zu ihrer Unterstützung brachte der Verband 1200 Fr. auf. Durch den Krieg wurde die Tätigkeit des Verbandes völlig lahmgelegt. Die bulgarische Gewerkschaftskommission hatte in Verbindung mit der Partei einen „Fonds für verwundete und kranke Soldaten“ gebildet, aus welchem auch die zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes und ihre Familien unterstützt wurden. Die zurückgebliebenen Mitglieder wurden durch die Gewerkschaftskommission und die sozialdemokratische Partei gesammelt, wodurch das Eingehen des Verbandes verhindert wurde. Zur Zeit der Abfassung des Berichtes zählte der Verband etwa 125 Mitglieder, die schwer unter der herrschenden Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Die Erwartung, daß es nach der endgültigen Beendigung des Krieges wieder kräftig vorwärts gehen wird, wird sich hoffentlich als begründet erweisen.

Das Wiedererwachen in Italien meldet folgender Bericht: „Nach langer Zeit beginnt wieder ein neues Leben in der Organisation der italienischen Holzarbeiter. Der Zentralvorstand in Imola hat im April dieses Jahres ein Rundschreiben verschickt, aus dem zu entnehmen ist, daß die lange Pause in der Tätigkeit des Verbandes auf eine Krise in dem Zweigverein Imola zurückzuführen ist. Diese Krise ist jetzt überwunden, und der Vorstand ruft nun die Kollegen im Lande zu neuer Betätigung in der Organisation auf. Um keine Hindernisse im Wege zu haben, die das Wiedererwachen der Organisation verzögern könnten, hat der Vorstand auf Anraten der Generalkommission der Gewerkschaften beschlossen, die Zweigvereine, die sich zurückgezogen haben, bis zum 30. April d. J. von der Zahlung des Verbandsbeitrages zu befreien. Mit dem 1. Mai hat die neue und regelmäßige Tätigkeit des Verbandes wieder begonnen und ist auch die Herausgabe des Verbandsorgans „Il Lavorante in Regno“ („Der Holzarbeiter“) wieder aufgenommen worden. Wenn das Blatt die genügende Unterstützung der Zweigvereine und der Kollegen findet, soll es regelmäßig monatlich herausgegeben werden.“

Die Erledigung der Geschäfte des Hauptbureaus ist dem Genossen Corbi, Arbeitersekretär in Imola, übertragen worden, dem im übrigen auch die Generalkommission der Gewerkschaften mit ihrer Unterstützung zur Seite stehen wird. Das Rundschreiben des Vorstandes sagt, daß zwar die Organisation bis jetzt infolge verschiedener und verschiedenartiger Gründe nicht völlig ihren Zweck erfüllen konnte, aber es spricht den Wunsch und die Hoffnung aus, daß es gelingen wird, die Gleichgültigen und Pessimisten eines Besseren zu belehren, die dieses auch für die Zukunft voraussetzen. Dazu genügt, wenn jeder seine Pflicht erkennt und diese ganz erfüllt.“

Ueber erfolgreiche Arbeit, die im verflorenen Jahre in Großbritannien geleistet wurde, berichtet der Sekretär Gossip des englischen Möbelerbeiter-Verbandes. In verschiedenen Teilen des Landes wurden Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen durchgeführt, welche letztere sich zwischen 1/2 und 2 Pence (2-16 Pf.) pro Stunde bewegten. Die Minimallohne für Möbeltischler in London betragen 1 1/2 Pence pro Stunde und gehen in abgelegenen Bezirken in Irland bis auf 6 Pence pro Stunde herunter; die gleichen Unterschiede bestehen in den meisten anderen Branchen des Gewerbes. Die Erfahrung, daß dort, wo die Organisation mangelhaft ist, auch die Arbeitsbedingungen ungünstig sind, macht man auch in England. Eine ernsthafte Bewegung ist zurzeit im Schiffbau im Gange. In mehreren Konferenzen ist bereits mit den Unternehmern über Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung verhandelt worden, doch ist noch kein Resultat zustande gekommen. Auf den Schiffswerften wird in den meisten Fällen noch 54 Stunden gearbeitet. Das ist zum mindesten vier Stunden länger pro Woche, als gang und gäbe ist im Baugewerbe und der Möbelindustrie, trotzdem machen die Unternehmer gegenüber den Forderungen der Arbeiter allerlei nützige Einwände. Geringe Lohnerhöhungen sind von Zeit zu Zeit erreicht worden; so ein Schilling (= 1 Mk.) pro Woche am 2. Februar 1911. Eine weitere Zulage von 1 Schilling pro Woche ist am 19. Oktober 1911 bewilligt worden, und ebenfalls 1 Schilling am 19. August 1912. Insgesamt 3 Schilling pro Woche, knapp genug, um die zahlreichen Abzüge wegzumachen, die den Arbeitern während der Zeit des Rückganges im Gewerbe vor ein paar Jahren gemacht wurden.

Zum Schluß macht der Berichterstatter einige Bemerkungen über die Sozialversicherung. Er schreibt: „Die Einführung der zwangsweisen Kranken- und Arbeitslosenversicherung durch den Staat hat hier die Arbeit und die Sorgen der Gewerkschaftsangehörigen bedeutend erhöht. Es ist auch noch sehr fraglich, ob die endgültigen Reinkulturbeträge oder ungenügend ausfallen werden. Jedenfalls hat das Volk dieses Landes niemals irgendeinen Wunsch ausgedrückt, nach einem solchen Gesetz, und sicherlich waren wir zu dem Verlangen berechtigt, um Rat gefragt zu werden. Wenn wir staatliche Unterstützung erhalten sollen, müßte es auf einer betragsfreien Grundlage geschehen; dabei würde auch die enorme Menge Arbeitskraft, die unter dem gegenwärtigen System wertlos verbraucht wird, gespart werden.“

Das Schicksal eines berufsmäßigen Streikbrechers. In Gewerbe i. Efl., wo seit elf Wochen die Holzarbeiter im Streik stehen, liegen sich die Arbeitgeber nach bekanntem Rezept 19 berufsmäßige Streikbrecher aus Hamburg

kommen. Vergangene Woche wurde nun einer von ihnen wegen Sauferei und Krach im Betrieb entlassen. Die Streikpöken nahmen ihn in Empfang und führten ihn ins Streiklokal, um ihn über verschiedene zu befragen. Ueber die Gründe, die ihn bewogen hatten, zum gewerksmäßigen Streikbrecher zu werden, erzählte der Mann: „Ich erkenne ohne weiteres an, daß meine Handlung eine verwerfliche ist. Wenn ihr aber die Gründe hört, werdet ihr anders urteilen. Ich bin 54 Jahre alt und nicht mehr im Vollbesitz meiner Arbeitskraft. Ueberall, wo ich in Hamburg um Arbeit anfragt, war ich zu alt, es gibt ja junge Arbeitskräfte genug. Leben will ich aber auch. Da fiel mir ein, in den Zeitungen öfters gelesen zu haben, daß zum Streikbruch alles gut genug ist. Anfangs sträubte sich mein Inneres dagegen, aber Not bricht Eisen; ich wurde zum professionellen Streikbrecher. Das hier ist der vierte Streik, den ich brechen helfe. Während ich vorher nie Arbeit bekommen konnte, jetzt bekam ich nicht nur Arbeit, sondern auch bedeutend höheren Lohn wie früher. Bei der Firma Graf in Gebweiler haben wir 4,50 Mk. Tagelohn und vollständig freie Station bekommen. (Die Holzarbeiter dort streiken, weil die Firmen sich weigern, ihren Arbeitern einen Mindestlohn von 46 Pf. zu zahlen.) Er fährt dann fort: „Wir schaden euch ja nicht, denn wir kommen den Meistern doch viel teurer als ihr. Und wenn der Streik vorüber ist, gehen wir ja wieder weiter. Wir sollten schon wieder wo anders sein.“ Wenn solchen Elementen auch nicht alles zu glauben ist, so scheint in der Erzählung ein gut Stück Wahrheit enthalten zu sein. So zwingt der Kapitalismus den Arbeiter, in der Not zum Verräter an seinen Massengenossen zu werden, und er bemüht sich dann wieder als Werkzeug zur Niederhaltung der Arbeiter in ihrem gerechten Streben nach Besserung ihrer Lebenshaltung. Wahrlich, das kapitalistische Zeitalter erzeugt herrliche Zustände.“

Ueber die Lage der Korbmacher in Kristiania (Norwegen) ersucht uns der Vorstand des dortigen Fachvereins als Antwort auf verschiedene an ihn gelangte Anfragen folgende Mitteilungen zu veröffentlichen: Die gute Saison der Korbmacherei fängt im März an und dauert bis Juli, dann wird auf Lager gearbeitet. Wir sind hier über 60 organisierte Korbmacher, wovon die meisten (40 Mann) bei der Firma Hallingstad arbeiten. Die anderen verteilen sich auf vier kleinere Betriebe (Schwensen, Bausbad, Lehmann und Lind). Es besteht hier ein einheitlicher Akkordtarif, der 1912 erneuert worden ist, mit einer Erhöhung von 8 Prozent. Die Hauptarbeit ist gekreuzte Weidenstühle und Peddigmöbel. Was die Lebensverhältnisse anbetrifft, so ist darauf hinzuweisen, daß hier eine schreckliche Wohnungsnot herrscht, ebenso sind die Lebensmittelpreise unerhört hoch. 1914 ist hier eine große Ausstellung (Subeläums-Alt) wodurch die Preise noch mehr steigen werden. Bekanntlich hat Norwegen sehr viel Fremdenverkehr, was sehr wesentlich zur Verteuerung der Lebensbedürfnisse beiträgt. — Ein lediger Korbmacher muß unbedingt 25 Kronen verdienen, um nur Lebensmittel und Logis bezahlen zu können. Der wöchentliche Beitrag für den Fachverein beträgt 1,50 Kr. Kollegen, die beabsichtigen, nach hier zu reisen, wollen sich erst bei uns erkundigen, wir sind stets gern bereit, nähere Auskunft zu geben. Die Adresse des Fachvereins der Korbmacher ist: Georg Kristoffersen, Kristiania, Falsensgade 3, IV.

**Gewerkschaftliches.**

**Die Gewerkschaften im Jahre 1912.**

Die Entwicklung der Gewerkschaften hängt sehr wesentlich von den Konjunkturverhältnissen ab. Je besser der Geschäftsgang, um so stärker ist der Zustrom der Arbeiter zu den Organisationen. In Krisenzeiten läßt das Anwachsen der Gewerkschaften nach, man muß sogar zeitweilig mit einem Rückgang rechnen. Das Jahr 1912 brachte einen Wendepunkt im Wirtschaftsleben. Zwar herrschte in manchen Industriezweigen noch das ganze Jahr hindurch Hochkonjunktur, aber in anderen Berufszweigen, insbesondere auch in der Holzindustrie zeigten sich schon deutlich die Vorboten der Krise, die inzwischen immer deutlicher in Erscheinung getreten ist. Dieser Umschwung der Wirtschaftslage spiegelt sich auch in der soeben von der Generalkommission veröffentlichten Gewerkschaftsstatistik wieder.

Die gewerkschaftlichen Zentralverbände zählten im Durchschnitt des Jahres 1911 2320 986 Mitglieder; sie hatten gegenüber dem Vorjahr um 303 688 zugenommen, also eine Steigerung um 15,05 Prozent erzielt. Im Jahre 1912 betrug die Mitgliederzunahme nur 209 404 oder 9,02 Prozent. Die Gewerkschaften zählten im Jahresdurchschnitt 1912 2 530 390 Mitglieder. Am Schluß des Jahres zählten sie 2 559 781 Mitglieder gegen 2 400 018 am Schluß des Jahres 1911. Die Zunahme beträgt also von Jahreschluß zu Jahreschluß gerechnet nur 159 763 oder 6,44 Prozent. In diesen Zahlen sind aber die Verbände der Hausangestellten mit 5554 Mitgliedern und der Landarbeiter mit 18 157 Mitgliedern nicht enthalten.

Gegenüber dem Ende am Schluß des Vorjahres hatten am Jahreschluß 1912 37 Verbände einen Gewinn von insgesamt 171 285 Mitgliedern, während 11 Verbände zusammen 11 522 Mitglieder einbüßten. Es sind dies die Bergarbeiter mit einem Verlust von 6074, die Bildhauer mit 31, die Buchdruckerhilfsarbeiter mit 1379, die Glaser mit 373, die Kupferschmiede mit 247, die Lithographen mit 473, die Porzellanarbeiter mit 663, die Schuhmacher mit 305, die Tabakarbeiter mit 1543, die Töpfer mit 442 und die Xylographen mit 10 Mitgliedern. Dagegen wuchs der Transportarbeiter-Verband um 30 739, der Metallarbeiter-Verband um 29 734, der Bauarbeiter-Verband um 24 696, der Fabrikarbeiter-Verband um 18 134, der Holzarbeiter-Verband um 14 060 und der Textilarbeiter-Verband um 11 208 Mitglieder.

Nach der Höhe der Mitgliederzahl geordnet, hatten im Durchschnitt des Jahres 1912 Mitglieder: Metallarbeiter 335 903, Banarbeiter 335 560, Transportarbeiter 215 948, Fabrikarbeiter 205 026, Holzarbeiter 192 645, Textilarbeiter 140 217, Bergarbeiter 117 875, Buchdrucker 66 673, Zimmerer 61 872, Maler 51 621, Gemeindearbeiter 50 053, Brauerei- und Mühlenarbeiter 49 834, Schneider 49 533, Schuhmacher 46 227, Tabakarbeiter 36 269, Buchbinder 32 374, Steinarbeiter 29 410, Bäcker und Konditoren 28 525, Maschinenisten 25 761, Glasarbeiter 19 001, Handlungs-

gehilfen 17 485, Lithographen 16 760, Porzellanarbeiter 16 575, Gastwirtsgehilfen 16 188, Buchdruckerhilfsarbeiter 15 751, Lederarbeiter 15 248, Sattler und Portefeulle 14 160, Schmiede 12 874, Töpfer 12 057, Steinleger 10 930, Gutmacher 10 551, Tapezierer 10 434, Dachdecker 8036, Wöttcher 8518, Bureauangestellten 7253, Gärtner 6950, Fleischer 6172, Kupferschmiede 5234, Glaser 4070, Ritzschner 3810, Bildhauer 3777, Schiffszimmerer 3685, Lagerhalter 2935, Friseur 2532, Zivilmusiker 2008, Zigarrenfortierer 1565, Asphaltreure 1249, Blumenarbeiter 1168, Notenstecher 445, Xylographen 428. Die Landarbeiter zählten im Jahresdurchschnitt 17 023, die Hausangestellten 5740 Mitglieder.

Zu den Mitgliederziffern der Gewerkschaften stellen die Arbeiterinnen einen ständig steigenden Anteil. Im Durchschnitt des Jahres 1911 betrug die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder 191 332 oder 8,2 Prozent der Gesamtheit. Im Jahre 1912 waren es 216 462 oder 8,5 Prozent. Zählt man noch die 5738 weiblichen Mitglieder des Verbandes der Hausangestellten und die 609 des Landarbeiter-Verbandes hinzu, dann beträgt die Gesamtzahl der organisierten Arbeiterinnen 222 809. In den einzelnen Verbänden wurden an weiblichen Mitgliedern gezahlt: Textilarbeiter 53 343, Metallarbeiter 26 848, Fabrikarbeiter 25 146, Tabakarbeiter 17 018, Buchbinder 15 979, Handlungsgehilfen 10 810, Schneider 10 486, Schuhmacher 8909, Buchdruckerhilfsarbeiter 8750, Transportarbeiter 7734, Holzarbeiter 6884, Gutmacher 4080, Bäcker und Konditoren 4574, Porzellanarbeiter 3329, Brauerei- und Mühlenarbeiter 1435, Gemeindearbeiter 1371, Lederarbeiter 1269, Ritzschner 1221, Gastwirtsgehilfen 1157, Sattler und Portefeulle 1083, Glasarbeiter 1000, Blumenarbeiter 648, Zigarrenfortierer 481, Bureauangestellten 254, Fleischer 252, Steinarbeiter 195, Lagerhalter 163, Tapezierer 150, Maler 44, Gärtner 27, Friseur 2.

Die Gesamteinnahmen der Zentralverbände haben sich von 72 086 957 Mk. (1911) auf 80 233 575 Mk. erhöht, während die Gesamtausgaben von 60 025 080 Mk. auf 61 105 675 Mk. wuchsen. Die Vermögenseinnahmen erhöhten sich von 62 105 821 Mk. auf 80 797 786 Mk. Auf den Kopf der Mitglieder berechnet betragen die Einnahmen 31,71 Mk. (1911: 31,06 Mk.), die Ausgaben 24,15 Mk. (1911: 25,86 Mk.) und die Vermögensbestände 31,93 Mk. (1911: 26,76 Mk.).

Von den Einnahmen kommt der größte Teil mit 64 532 051 Mk. auf Verbandsbeiträge, wozu noch 9 138 215 Mk. an örtlichen Beiträgen kommen. Von den Ausgaben entfällt ein sehr beträchtlicher Teil auf die Unterhaltungen, die von Jahr zu Jahr höhere Aufwendungen erfordern. Eine Ausnahme macht hier nur die Streikunterstützung, die erklärlicherweise sehr großen Schwankungen unterworfen ist und im Jahre 1912 eine erheblich geringere Summe beanspruchte als in den beiden vorausgegangenen Jahren. Die nachstehende Uebersicht gestattet interessante Vergleiche zu ziehen. Es wurden an Unter-

	1910 Mk.	1911 Mk.	1912 Mk.
Reise . . . . .	1 015 984	1 028 431	1 179 102
Umzug . . . . .	316 452	368 865	405 403
Arbeitslose . . . . .	6 075 522	6 340 544	7 741 240
Kranke . . . . .	9 208 693	10 266 730	11 436 326
Sterbefälle . . . . .	884 012	1 045 956	1 178 310
Notfälle . . . . .	548 567	470 048	515 846
Gemafregelte . . . . .	809 738	895 519	1 070 752
<b>Summa</b>	<b>18 678 968</b>	<b>20 414 093</b>	<b>23 526 979</b>

Dagegen wurden für Streikunterstützung ver-	1910 Mk.	1911 Mk.	1912 Mk.
ausgabt:	19 603 605	17 303 328	12 485 183

Sehr beachtenswert ist auch die nachfolgende Uebersicht, welche die Summen wiedergibt, die von den deutschen Zentralverbänden seit dem Jahre 1891 zur Unterstützung ihrer Mitglieder aufgewendet wurden. Von den Ausgaben der Gewerkschaften für Unterstützungszwecke entfielen in den Jahren von 1891-1912 auf:

Arbeitslose . . . . .	54 270 191 Mk.
Reisende . . . . .	13 616 958 "
Kranke . . . . .	66 736 450 "
Umzug, Not- und Sterbefälle . . . . .	14 285 257 "
Gemafregelte . . . . .	9 414 121 "
Invalide . . . . .	4 615 331 "
Rechtschutz . . . . .	3 577 425 "

Im Allgemeinen können die gewerkschaftlichen Zentralverbände mit der Entwicklung, die sie im Jahre 1912 erfahren haben, zufrieden sein, wenn auch die erzielten Fortschritte hinter denen des Jahres 1911 zurückblieben. Sie haben immer noch viel besser abgeschnitten als die hiesigen Dunderischen Gewerkschaften, die nur eine Zunahme um 1,38 Prozent erzielten, und die christlichen Gewerkschaften, bei denen der Mitgliederzuwachs gar nur 1,09 Prozent betrug. Die Freien Gewerkschaften sind trotz aller Anfeindungen nicht nur die maßgebende Gewerkschaftsrichtung in Deutschland, ihr Uebergewicht tritt immer schärfer in Erscheinung, wenn man den Anteil der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen an der Gesamtzahl der organisierten Arbeiter in Betracht zieht. Von je 100 organisierten Arbeitern in Deutschland kamen auf die drei Gewerkschaftsrichtungen:

	Freie Gewerkschaften	Hiesig-Dunderische Gewerkschaften	Christliche Gewerkschaften
1900:	73,0	9,8	17,2
1911:	80,2	3,8	16,0
1912:	84,8	3,4	11,8

Trotz des Geschreies der gegnerischen Organisationen, trotz der einflussreichen Gönner, deren sie sich erfreuen, geht ihr Einfluß auf die Arbeiterschaft ständig zurück und unser Gegner werden sich wohl oder übel mit der Tatsache abfinden müssen, daß die Freien Gewerkschaften die berufenen Vertreter der Arbeiterschaft sind.

Der Verband der Blumenarbeiter und -arbeiterinnen hat auf seinem in Sebnitz abgehaltenen fünften Verbandstage am 1. September den Uebertritt zum Fabrikarbeiter-Verband beschlossen. Der Verband, der nur ein beschränktes Ausdehnungsgebiet hat, nahm schon früher mit dem Gutarbeiter-Verband Fühlung wegen eines Anschlusses, doch fand er auf dieser Seite wenig Entgegenkommen. Jetzt wurden auch Stimmen für den Gärtner-Verband laut, die



Mehrheit entschied jedoch für den der Fabrikarbeiter. Der Blumenarbeiter-Verband zählt jetzt 1273 Mitglieder (dabei 720 weibliche) und verfügt über 17 500 Ml. Vermögen. Sein Anchluss zum 1. Januar 1914 erfolgen.

Grenztätigkeiten zwischen den Verbänden der Fabrikarbeiter und der Porzellanarbeiter, die sich schon längere Zeit hinzuziehen und auch in den beiderseitigen Verbandsorganen nicht immer in den angenehmsten Formen ausgetragen wurden, haben zur Aufhebung des zwischen den beiden Verbänden bestehenden Kartellvertrages geführt, die vom Vorstand des Fabrikarbeiter-Verbandes in der letzten Nummer des Verbandsorgans bekanntgegeben wird.

Ein internationaler Transportarbeiter-Kongress fand vom 26. bis 30. August in London statt. Nach dem dort erstatteten Bericht umfaßt die Internationale Transportarbeiter-Föderation aus 18 Ländern 50 Organisationen mit 880 000 Mitgliedern. Die Debatte über den Bericht des Sekretärs Johade führte zu einer umfangreichen Auseinandersetzung zwischen den französischen und italienischen Delegierten einerseits, und den Vertretern aus Deutschland, Oesterreich und Skandinavien andererseits. Die Vertreter der romanischen Länder bemühten sich lebhaft, den Kongress auf die syndikalistischen Gewerkschaftsmethoden festzulegen. Sie gaben der Meinung Ausdruck, daß die in der Internationalen Transportarbeiter-Föderation vorherrschende zentralistische Richtung an deren angeblicher Untätigkeit schuld sei, und um dem abzuhelfen, wollten sie den Zentralrat von Berlin nach London verlegt wissen. Die syndikalistischen Bedenken fanden aber trotz der Lebhaftigkeit, mit der sie vorgetragen wurden, keinen Widerhall auf dem Kongress und die entsprechenden Anträge wurden abgelehnt. Die von Schweden angeregte Schaffung einer internationalen Unterstufungsklasse für Streiks sowie die von Oesterreich gewünschte Regelung des Uebertrittswesens soll nebst einigen anderen Fragen von einem internationalen Komitee für den nächsten Kongress vorbereitet werden. Zur Afrikanfrage wurde einer Resolution zugestimmt, die den Zentralrat mit Untersuchungen über die Verdrängung europäischer Arbeiter durch billigere Kräfte asiatischer Herkunft beauftragt. Der Kongress beschäftigte sich sodann noch mit den Rettungsmaßnahmen auf Schiffen und der rechtlichen Stellung der Eisenbahner, wobei er jeden Verzicht derselben auf das Koalitionsrecht verurteilte. Die Frage der obligatorischen Schiedsgerichte für Arbeitsstreitigkeiten wurde eingehend erörtert und schließlich zu weiteren Studien zurückgestellt.

Die Lithographen- und Steinbrücker-Verbände hielten Ende August in Wien einen internationalen Kongress ab. Vertreten waren Oesterreich, Deutschland, England, Ungarn, die Schweiz, Italien, Frankreich, Spanien, Belgien, Holland und die drei skandinavischen Länder mit zusammen 20 Delegierten. Dem Internationalen Sekretariat sind 15 Länder mit insgesamt 32 500 Organisierten angeschlossen. Zur Unterstützung von Streiks wurden in den letzten drei Jahren aus internationalen Mitteln 47 500 Ml. aufgewandt, wovon 36 000 Ml. aus Extrasteuern stammten. Die künftige Unterstützung von Streiks wurde dahin geregelt, daß im einzelnen Falle bis zu 5000 Ml. aus internationalen Mitteln gewährt werden kann, außerdem aber für diesen Zweck zinsfreie Darlehen bis zu 4000 Ml. zugebilligt werden dürfen. Bei größeren Kämpfen kann das internationale Sekretariat Extrasteuern von 2 bis 25 Pf. pro Mitglied und Woche ausschreiben. Dies soll jedoch nur dann erfolgen, wenn in dem um Hilfe anrufenden Lande mehr als acht Prozent der Mitglieder seit fünf Wochen im Kampfe stehen und die in Arbeit stehenden Mitglieder dieses Landes mindestens eine zehnmal so hohe Streiksteuer leisten. Der regelmäßige Jahresbeitrag zum internationalen Bund bleibt auf 32 Pf. für 90 Prozent der Mitglieder bestehen. Die Reiseunterstützung im Auslande wurde dahin geregelt, daß sie dem Fremden in gleicher Weise wie dem Einheimischen gezahlt wird. Der Uebertritt in eine ausländische Organisation soll überall frei erfolgen. Darüber hinausgehend haben dann die Deutschland benachbarten Länder durch Gegenständigkeitsvertrag noch vereinbart, daß bei Meldung innerhalb acht Tagen nach der Ankunft das ausländische Mitglied sofort in gleicher Weise Anspruch in sämtlichen Unterstufungszweigen hat, wie das inländische.

**Eingefandt.**

**An die Schirmmacher und -näherinnen Deutschlands!**

Von der Zentralkommission ist dem Vorstand ein Flugblatt zur Einleitung einer intensiven Agitation in der Schirmbranche zur Annahme unterbreitet worden. Um nun zu erreichen, daß die Flugblätter an die Kollegen und Kolleginnen allerorts verteilt werden, haben wir in unserem letzten Zirkular die Verwaltungen resp. Vertrauensleute gebeten, uns die ungefähre Zahl der am Orte Beschäftigten mitzuteilen. Wir ersuchen nochmals dringend, unserer Bitte möglichst sofort zu entsprechen, damit das Erscheinen des Flugblattes baldigst ermöglicht wird. Orte, die unser Zirkular nicht erhalten haben, bitten wir, sich mit Unterzeichnetem in Verbindung zu setzen.

Die Zentralkommission für die Schirmindustrie.

J. A. Kurt Schmidt, Berlin O. 27,

An der Michaelkirchbrücke 1, IV.

**Zur Konferenz der Bürsten- und Pinselmacher.**

Es ist an der Zeit, Schritte zu unternehmen, um eine Konferenz in die Wege zu leiten. Seit Jahren haben wir keine Konferenz mehr gehabt, an Arbeit fehlt es nicht, die gibt es in Hülle und Fülle. Vor einiger Zeit wurden Stimmen laut, die auf eine Konferenz hinwiesen, aber wie es scheint, ist alles wieder in Vergessenheit geraten. Es wäre zu begrüßen, wenn die Kollegen in ihren Versammlungen dazu Stellung nehmen, daß sobald wie möglich eine Konferenz zustande käme, damit die Kollegen allerorts miteinander mehr Fühlung bekommen und erfahren, wie in diesem und jenem Ort die Verhältnisse sind. Einen klaren Ueberblick gibt uns die Konferenz, auch Material, das bei Agitationen sehr nützlich ist. Darum sollte in den Versammlungen eine Aussprache über diese Frage erfolgen.

W i l h e l m B r a n i g - D e s s a u.

**Zur Stuhlarbeiterkonferenz.**

Zu der Anregung der Zentralkommission in Nr. 11 der „Holzarbeiter-Zeitung“ haben sich bisher nur wenige Zahlstellen und Kollegen, wenn auch alle in zustimmendem Sinne geküßert. Ob das ein Zeichen für Interessenlosigkeit ist oder ob die Kollegen erst warten wollen, bis die Zentralkommission das Material der Öffentlichkeit unterbreitet hat, das, wie sie selbst angibt, genügend vorhanden ist, um eine Konferenz zu rechtfertigen, entzieht sich zunächst meiner Beurteilung. Praktisch und richtiger wäre es gewesen, wenn die Zentralkommission mit der oben zitierten Anregung auch gewissermaßen einen Tätigkeitsbericht veröffentlicht, auf die Uebelstände, die hier und da noch bestehen, hingewiesen, und gezeigt hätte, in welcher Weise den Beschlüssen der Konferenz von 1906 Rechnung getragen wurde und wo es noch am meisten fehlt.

Erst dann hätten die Kollegen, die sich an der Debatte in der Zeitung beteiligen wollen, einen Ueberblick gehabt und die Sachlage klarer beurteilen können. Ich möchte deshalb die Bitte an die Zentralkommission richten, dem geäußerten Wunsche zu entsprechen. Material, das bei einer Zentralinstanz angehäuft wird, kann doch nur dann zweckdienlich wirken, wenn es den Branchenangehörigen unterbreitet wird.

Die Zentralkommission schlägt als Beratungsgegenstände für eine allgemeine Stuhlarbeiterkonferenz vor: „Die Kämpfe in der Stuhlindustrie und die bei ihnen einzuschlagende Taktik.“ Nehmen wir nun einmal an, die angelegte Konferenz würde wieder um Weihnachten 1913 stattfinden, und hier solle schon über die Taktik geredet oder eventuell beschlossen werden die bei späteren Kämpfen einzuschlagen ist. Das wäre doch ein vergebliches Unterfangen. Die Taktik bei Lohnkämpfen kann und wird niemals abhängig gemacht werden können von Beschlüssen, die auf irgendeiner Konferenz vielleicht zwei, drei oder vier Jahre vorher gefaßt wurden, sondern wird bedingt durch die gegebenen Verhältnisse. Dann müßte doch auch über die Taktik in nichtsfählicher Sitzung beraten werden, sonst würde man doch dem Gegner seine Karten zeigen, und dieser würde sein Spiel darnach einrichten. Aus dem gleichen Grunde könnten die Delegierten bei der Verichterstattung über diese Frage gar nicht reden, es würde ihnen weiter nichts übrig bleiben, als die Kenntnisse, die sie sich auf der Konferenz erworben haben, so lange für sich zu behalten, bis eine Lohnbewegung inszeniert wird. Diese Gründe sprechen doch wohl genügend gegen die Erörterung dieser Frage auf einer Konferenz, und nur über die Kämpfe in der Stuhlindustrie zu reden, bedarf es einer solchen nicht, diese sind doch in den Stuhlorten hinreichend bekannt. — Punkt 2. Das Kalkulationsverfahren und die Anwendung von Kalkulationstabellen. Die Konferenz 1906 hat eine Resolution angenommen (Seite 34 des Protokolls), in der es unter anderem heißt: „Ueberall wo gleichmäßige Produktionsverhältnisse sind, sind dementsprechende Grundtarifentabellen einzuführen.“ Grundlegende Vorbedingung für Einföhrung von Tarificationstarifen ist aber eine gute straffe Organisation, die von den Arbeitgebern als mitberatender und mitbestimmender Faktor anerkannt ist. Das ist ja auch in einigen Eingefandts zum Ausdruck gebracht. Ist nun eine Konferenz imstande, dafür zu sorgen, daß die große Zahl der indifferenten Stuhlarbeiter den Weg zur Organisation leichter findet? Wenn das der Fall wäre, würde sich die Abhaltung einer solchen gewiß rechtfertigen, leider ist das nicht der Fall. Wenn in den letzten Jahren in einigen Stuhlorten zum Teil recht erhebliche Fortschritte in der Organisation gemacht wurden, so ist das nicht auf die 1906 stattgehabte Konferenz zurückzuführen, sondern auf die Tätigkeit opferbereiter Branchenkollegen, Lokalverwaltungen und der Gewerkschafter. Hier möchte ich auch gleich den weiter angeregten Punkt Agitation mit besprechen. Nach meinem Dafürhalten gibt es für Stuhlarbeiter, Korbmacher, Stellmacher usw. keine besondere Agitationsmethode, alle Methoden, als da sind Hausagitation, Werkstättbesprechungen usw., können, werden und müssen mit mehr oder weniger Erfolg angewendet werden. Eine Konferenz kann keine bestimmte Methoden als besonders gut empfehlen, das richtet sich doch immer nach vorhandenen örtlichen oder Gebietsverhältnissen. Hier richtig ratend und tatend einzugreifen, sind doch wohl die Gewerkschafter die geeigneten Personen, die bei ihren Zusammenkünften, die sie jährlich mit dem Hauptvorstand mehrmals abhalten, ihre Erfahrungen austauschen und neue sammeln. Also nicht der Tarificationstarif an sich ist das Mittelmittel. Erst lasse man alles andere beiseite und richte alles auf den Ausbau der Organisation, und erst dann gehe man daran, Tarife zur Durchführung zu bringen. Diese dürfen natürlich nicht nach Schema & behandelt werden, sondern müssen sich immer nach der Produktionsmethode des betreffenden Gebietes richten. Denn was für uns gut ist, kann man vielleicht im Deistergebiet, mit ausgesprochener Teilarbeit, absolut gar nicht anwenden. Auch die Frage des Arbeitsnachweises, eine der bedeutendsten und schwierigsten, kann ja doch nur mit einer guten Organisation gelöst werden. Aus allen angeführten Gründen kann ich der Abhaltung einer Konferenz im jetzigen Stadium nicht zustimmen, und so denkt auch der größte Teil der hier beschäftigten Stuhlarbeiter, was durch die letzte Mitgliederversammlung bewiesen wurde.

Ich halte es für sehr viel zweckmäßiger, wenn der Vorstand es sich angelegen sein ließ, auch in Gollnow und Gossentin einmal Besuche zu schlagen. Hier sind die Organisations-, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse die denkbar traurigsten, auch sind diese beiden Orte infolge der unheimlichen Schmutzkonzurrenz, die von den dortigen Arbeitern getrieben wird, eine große Gefahr für die gesamte Stuhlindustrie Deutschlands. Vielleicht können auch hier einmal wie in anderen Gegenden, die Mittel zur Freistellung eines Kollegen zur Verfügung gestellt werden. Die Arbeit dort wird schwer sein, es ist aber ein Feld zu beackern, dessen Ertrag später die aufgewendeten Mittel rechtfertigen würde. Dann wäre es auch angebracht, wenn die Zahlstellen in einem Stuhlgebiet mehr Fühlung nehmen würden, um in solchen Gebieten gleichartige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Alls dann könnte der Kreis größer gezogen werden auf Gebiete, die geographisch nicht allzu fern liegen und ungefähr gleiche Produktionsbedingungen haben, z. B. Rabenau, Waldheim, Geringswalde. Dadurch ließe sich nach und nach erreichen, daß wenigstens der Verdienst der Stuhlarbeiter ein einigermaßen gleichmäßiger wird und

nicht solche horrenden Unterschiede, wie jetzt noch vorhanden, zu verzeichnen wären. Und dann wäre eine Konferenz für die Stuhlarbeiter Deutschlands angebracht.

Vielleicht ist auch der Vorschlag zu erwägen, bei Lohnbewegungen in einer Stuhlzentrale es so zu machen, wie bei den allgemeinen Tarifbewegungen, d. h. je nach Bedarf Vertreter der in Frage kommenden Stuhlorte zusammen zu berufen. Da könnte sich der Vorstand die nötigen Informationen verschaffen und eventuell danach seine Taktik einrichten. Eine Konferenz aber, die ohne genügende Gründe einberufen wird, würde nur wie ein Strohhalm wirken. Zum Schluß möchte ich bemerken, daß mein Urteil nur ein vorläufiges, auf die bisherigen Auslassungen gestützt sein kann, weil ich das Material, das bei der Zentralkommission schlummert, nicht kenne. Beschränken bin ich aber jederzeit, wie immer, zugänglich. Vor allen Dingen möchte ich meine Bitte an die Zentralkommission wiederholen: Heraus mit dem Material!

M a g e t h e, Geringswalde.

**Literarisches.**

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Rönneischen Park 2, bezogen werden.

**Der gute Schriftführer und Berichterstatter.** Ein Hilfsbuch für alle in der Arbeiterbewegung schriftlich Tätigen von Wilhelm Kiepekohl. Verlag von W. Pfannlud u. Co. in Magdeburg. Preis 80 Pf.

Das vorliegende Büchlein entspricht wirklich einem dringenden Bedürfnis. Jeder Schriftführer in unseren Zahlstellen, jeder, der Berichte an das Verbandsorgan sendet, sollte es nicht nur gelesen, sondern aufmerksam studiert haben. Dem Redakteur mangelt es meist an Zeit, um den einzelnen Kollegen mitzuteilen, weshalb er den Wunsch, den eingefandten Bericht „unverkürzt“ zu bringen, nicht beachten konnte; Kiepekohls Büchlein gibt auf Beschwerden dieser Art erschöpfende Antwort. Wer seine guten Ratsschlüsse vernünftig befolgt, wird keine Ursache mehr haben, sich über die „Verstümmelung“ seiner Berichte zu ärgern.

**Die Sondernummer der „Gleichheit“,** den Verdiensten August Bebel's um die internationale proletarische Frauenbewegung gewidmet, ist jochen erschienen. Sie enthält auf dem Titelblatt ein Porträt Bebel's und bringt gehaltreiche Artikel von Klara Zetkin, Rosa Luxemburg, Helene Grünberg, Luise Zieg und andere. Der Preis beträgt 10 Pf.

**August Bebel als Sozialpolitiker.** Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht Dr. Heinrich Braun eine bemerkenswerte Abhandlung in den von ihm herausgegebenen Annalen für Soziale Politik und Gesetzgebung. Die Annalen erscheinen im Verlag von Julius Springer in Berlin und kosten jährlich 18 Ml.

**Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg.**

E i n a h m e i m A u g u s t.

Ueberschüsse sandten ein: Ebingen 1000, Karlsruhe, Neukölln je 600, Mühlburg, München I je 500, Mannheim, Rothenburg, Schweinfurt, Weißensee, Würzburg I je 400, Biberach 350, Emdenich, Erlangen, Hamburg IV, Neustrelitz, Pforzheim, Stettin, Osterwied je 300, Berlin G 280, Ehltingen, Sindlingen je 250, Bamberg, Brud., Dresden-St., Eppenhain, Erfurt, Etlingen, Forchheim, Gonsenheim, Horde, Johanngeorgenstadt, Leipzig I, Rombach, Neustadt, Neuschönefeld, Offenburg, Steglitz, Billingen, Weinheim je 200, Bidingen, Martinroda, Oppau je 180, Dranienburg 175, Cuttrich 160, Beierthelm, Blankenburg, Th., Etlingenweier, Seyda, Ragerdorf, Lorch, Neurruppin, Neuhelm, Sangerhausen, Schöneberg, Schönefeld, Zwickau je 150, Adlershof, Blankenburg, S., Brunshüttel-foog, Cökmannsdorf, Eisenach, Eislungen, Eitorf, Ensen-Besthofen, Friedrichshagen, Hülben, Hussenhofen, Jersingen, Kabel, Keltheim, Konstanz, Langenfelza, Liegnitz, Eudenwalde, Marfrankstädt, Dettlingen, Riesa, Ködelsheim, Walsstetten, Wehlheiden, Winkel, Wolfsanger, Wörth je 100, Portz 93,16, Neuenburg 80, Friedberg, Niedenstein je 75, Saibach 70, Pasewalk 8,83 Ml.

Summa der Ueberschüsse	18 002,99 Ml.
Beiträge von Einzelmitgliedern	3 208,25 "
Beitrittsgeld von Einzelmitgliedern	42,30 "
Sonstige Einnahmen	75,23 "

Gesamteinnahme 21 328,77 Ml.

A u s g a b e n i m A u g u s t.

Zuschuß erhielten: Offenbach I 800, Berlin A 600, Meissen 500, Kaiserslautern, Pottschappel, Reinickendorf, Reudnitz, Schönebeck je 300, Minden 260, Mariendorf 250, Barmen, Bonn, Bremen, Bromberg, Feuerbach, Gaarden, Gotha, Halberstadt, Hermsdorf, Löttau, Müna, Gladbach, Mündenheim, Reitzschheim, Volkmarisdorf, Wiesbaden je 200, Muthlaren 190, Berlin C 160, Berghofen, Böhl, Ehrenberg, Frankfurt III, Gaisburg, Hemmoor, Kastel, Peisterwitz, Rasberg, Wurzen je 150, Ohlau 110, Breitenbach, Bruchsal, Cotta, Finthen, Friesenheim, Fürstenwalde, Großenhain, Grünwettersbad, Haan, Kahla, Kottheim, Köschwitz, Wöckern, Minden, Nippes, Ohrdruf, Neutlingen, Salungen, Schleiz, Tharandt, Wahlershausen, Sussenhausen je 100, Schöna 80, Posen, Schaala je 75, Bensheim, Flörsheim je 60, Altwasser, Gumbinnen, Langendiebach, Minkwitz, Mühlhausen, Rendsburg, Stahilim je 50, Fadenburg 40 Ml.

Summa der Zuschüsse	11 660,— Ml.
Krankengeld an Einzelmitglieder	3 280,01 "
Sterbegeld an Einzelmitglieder	204,— "
Sonstige Ausgaben	3 392,19 "

Gesamtausgabe 18 536,20 Ml.

Gesamteinnahme	21 328,77 Ml.
Gesamtausgabe	18 536,20 "

Zunahme des Vermögens 2 792,57 Ml.

B. F e l s, II. Hauptkassierer.

Berichtigung: In Nr. 32 der Holzarbeiter-Zeitung hat sich in der Juli-Abrechnung ein Fehler eingestellt, indem für „Sonstige Ausgaben“ die Zahlen nicht eingestellt wurden, diese betragen 3340,30 Ml. und stimmt somit auch die Endsumme von 26 184,80 Ml.



